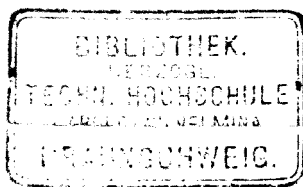


Die neueste
Forst- und Jagdgesetzgebung
des
Herzogthums Braunschweig
seit dem Jahre 1848.



Die neuere Forst- und Jagdgesetzgebung
des
Herzogthums Braunschweig.





Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

Nr. 7.

Braunschweig, den 17. März 1848.

Gesetz, die Ausdehnung der mit dem Königlich Preussischen Gouvernement geschlossenen Conventionen vom 7. Februar 1827 und 25. Februar 1839, wegen Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen, auf die Jagdfrevel.

d. d. Braunschweig, den 8. März 1848.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiermit zu wissen:

Nachdem Unser Herzogliches Staatsministerium mit dem Königlich Preussischen Gouvernement eine Erklärung wegen Ausdehnung der unterm 7. Februar 1827 und 25. Februar 1839 geschlossenen Conventionen, wegen Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen, auf die Jagdfrevel, verabredet hat, welche wörtlich folgendermaßen lautet:

Die Königlich Preussische und die Herzoglich Braunschweigische Regierung sind zur wirksamern Verhütung der Jagdfrevel übereingekommen, sich hierdurch zu verpflichten, daß die Vereinbarungen, welche zwischen ihnen wegen Verhütung und Bestrafung der Forstfrevel unter dem ^{23. Jan.} 7. Febr. 1827 und ^{25. Jan.} 25. Febr. 1839 abgeschlossen worden sind, (Gesetzsammlung für die Preussischen Staa-

ten vom Jahre 1827 Seite 59 und vom Jahre 1839 Seite 108, Verordnungsammlung für die Herzoglich Braunschweigischen Lande vom Jahre 1827 S. 7 und Gesetz- und Verordnungsammlung für diese Lande vom Jahre 1839 S. 48) fortan in allen ihren Bestimmungen auch auf diejenigen Jagdsfrevel Anwendung finden sollen, welche von Unterthanen des einen der beiden Staaten in dem Gebiete des andern Staates verübt werden möchten.

Gegenwärtige im Namen Seiner Majestät des Königs von Preußen und Seiner Hoheit des Herzogs von Braunschweig zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechsellung in den beiderseitigen Landen Kraft und Wirksamkeit erhalten und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Braunschweig, den 2. Febr. 1848.
**Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches
 Staats-Ministerium.**

(L. S.) von Schleinitz.

Wir auch diese Uebereinkunft genehmigt haben, und zu derselben die verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung des Ausschusses Unserer getreuen Stände-Versammlung ertheilt worden ist, so wird der Inhalt solcher Uebereinkunft hiemit bekannt gemacht und hat ein Jeder, den es angeht, insbesondere die Gerichte und Forstbehörden sich danach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 8. März 1848.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthelm. von Schleinitz. F. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 39.

Braunschweig, den 13. September 1848.

Gesetz über die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grundstücken und die Ausübung der Jagd durch die Grundbesitzer.

d. d. Braunschweig, am 8. September 1848.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. &c.

Wir erlassen mit Zustimmung Unserer getreuen Stände die nachfolgenden gesetzlichen Bestimmungen.

Erster Abschnitt.

Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grundstücken.

§. 1.

Das Jagdrecht auf fremden Grundstücken wird vom 15. October d. J. an aufgehoben.

Neue Jagdberechtigungen auf fremden Grundstücken können nicht erworben werden.

§. 2.

Für das gesammte auf einem fremden Grundstücke ruhende Jagdrecht — hohe und niedere Jagd — haben diejenigen Acker-, Wiesen- und Forstbesitzer, deren Grundstücke zu den in der ersten Abtheilung des anliegenden Verzeichnisses aufgeführten Jagdbezirken gehören, die darin angegebenen Ablösungs-Capitale zu zahlen.

Die Aufhebung des Jagdrechts auf Gärten, Aengern und Teichen, sowie auf denjenigen Grundstücken, welche zu den in der zweiten Abtheilung des Verzeichnisses aufgeführten Jagdbezirken gehören, findet ohne Entschädigung Statt.

§. 3.

Dem Jagdberechtigten steht die Forderung des ihm gebührenden Ablösungs=Capitals gegen die Feldmark= oder Forst= Interessentschaft zu. Getheilte Gemeindeforsten werden in dieser Hinsicht als Einer Forst= Interessentschaft zugehörig betrachtet.

Sind Holzungen, welche nicht zu einer Feldmark gehören, nicht im Besitze einer Interessentschaft, sondern einzelner Personen, so sind diese dem Jagdberechtigten unmittelbar zur Zahlung des Ablösungs=Capitals verpflichtet.

§. 4.

Der Eigenthümer oder erbliche Nutzungsberechtigte der Jagdberechtigung ist zur Empfangnahme des Ablösungs=Capitals befugt, er kann frei darüber verfügen, und die Rechte, welche dritten Betheiligten auf das Jagdrecht zustanden, sollen nicht auf das Ablösungs=Capital übergehen.

Jeder Koppeljagdberechtigte erhält für jeden ihm zustehenden Antheil an der Koppeljagd einen gleichen Theil des Ablösungs=Capitals.

Für die Jagd auf Schwarz-, Roth- und Dammwild steht den Berechtigten ein Antheil an dem Ablösungs=Capitale nicht zu. Ist das Jagdrecht so getheilt, daß die Jagd auf Rehe dem einen, die Jagd auf das übrige kleinere Wild dem andern Berechtigten zusteht, so erhält der Erstere ein Drittel, der Letztere zwei Drittel des Ablösungs=Capitals.

Das Gesetz vom 20. December 1834, N 3 der Gesetz= und Verordnungs=Sammlung vom Jahre 1835,

findet auch auf die für Jagdberechtigungen des Cammerguts und des vereinigten Kloster- und Studienfonds zu zahlenden Ablösungs=Capitale Anwendung.

§. 5.

Das Ablösungscapital ist von den Grundbesitzern nach der Morgenzahl, für ungetheilte Grundstücke aber nach den Nutzungsrechten aufzubringen

§. 6.

Die Beiträge der einzelnen Grundbesitzer zu dem Ablösungscapitale, welche zu der von der Interessentschaft beschlossenen Zeit nicht eingezahlt worden sind, werden auf Antrag des Ortsvorstandes oder des Rechnungsführers der Interessentschaft von den Säumigen auf dieselbe Weise wie die Gemeinde=Abgaben eingezogen.

§. 7.

Das Ablösungscapital ist dem Berechtigten bis zum 15. October d. J. zu zahlen. Erfolgt die Zahlung nicht bis zu diesem Tage, so ist dasselbe bis zum Zahlungstage mit 4 Procent jährlich zu verzinzen. Die Zahlung des Capitals kann vor dem 15. Febr. 1850 nicht gefordert werden.

§. 8.

Das Jagdrecht auf denjenigen fremden Grundstücken, welche innerhalb eingegatterter Forsten liegen, soll ausnahmsweise erst am 15. Februar 1849 aufhören und die Verzinsung des Ablösungscapitals beginnt mit dem gedachten Tage.

§. 9.

Wenn eine Interessentschaft oder eine einzelne Person, welche eine nicht zu einer Feldmark gehörige Holzung besitzt, (§. 3), vor dem 15. October d. J. dem zuständigen Herzogl. Amte erklärt, daß ihre Jagd bis zur Befriedigung des Berechtigten wegen Capitals und Zinsen meistbietend verpachtet werden solle, so muß der Be-

rechtigte sich diese Art der Tilgung seiner Forderung gefallen lassen, und das Herzogl. Amt hat die meistbietende Verpachtung vorzunehmen und die Pachtgelder dem Berechtigten zu überweisen, bis er sowohl wegen der Zinsen, als auch wegen des Capitals befriedigt ist. Die Verpachtung ist auf Pachtperioden von drei Jahren vorzunehmen.

Beträgt das durchschnittliche Pachtgeld in den nächsten sechs Jahren, vom 15. October d. J. angerechnet, dann weniger als die Zinsen des gesetzlichen Ablösungscapitals, so kann die pflichtige Interessentschaft sich durch Zahlung des achtzehnfachen Betrages des durchschnittlichen Pachtgeldes von allen Verpflichtungen gegen den bisherigen Jagdberechtigten befreien, sie muß dem Berechtigten nach der zweiten Verpachtung aber auf dessen Verlangen das gesetzlich festgestellte oder das auf diese Weise ermittelte Ablösungscapital zahlen.

§. 10.

Interessentschaften, deren Ablösungscapital mehr als 50 \mathfrak{R} beträgt, soll das erforderliche Capital auf deren Verlangen gegen Bestellung genügender Sicherheit unter den üblichen Bedingungen aus Herzogl. Leihhaus-Casse vorgeliehen werden.

§. 11.

Das Recht auf Jagd- und Wild-Transport-Dienste, sowie auf das an deren Stelle tretende Ablösungscapital geht in Folge der Aufhebung des Jagdrechts nicht auf die Grundbesitzer über.

Die Ablösung solcher Dienste kann ferner nach der bisherigen Verpflichtung nach den Bestimmungen der Ablösungs-Ordnung gefordert werden.

§. 12.

Die vor dem Erlasse dieses Gesetzes abgeschlossenen Pachtcontracte über Jagdberechtigungen auf fremden Grund-

stücken hören mit dem 15. October d. J. auf, und dem Verpächter kommt für die dießjährige mit dem 15. October endende Jagdzeit ein Viertel des bedungenen Pachtgeldes zu. Ein Entschädigungsanspruch steht dem Pächter wegen der Aufhebung des Contractes nicht zu.

§. 13.

Eine gesetzliche Verpflichtung zum Erfaze von Wildschäden findet, mit Ausnahme des im §. 14 gedachten Falles, vom 15. October d. J. an nicht mehr Statt.

Die diese Verpflichtung betreffenden Gesetze, insbesondere die Verordnung vom 16. September 1827, das Gesetz vom 11. Mai 1835 und das Gesetz vom 31. Juli 1844 werden hierdurch, vom 15. October d. J. an, aufgehoben.

Zweiter Abschnitt.

Vorschriften über die Ausübung des Jagdrechts.

§. 14.

Die Grundbesitzer sind verpflichtet, Schwarz-, Roth- und Damm-Wild in den ihnen zugehörigen Forsten, welche nicht mit einem zum Schutze der angrenzenden Felder ausreichenden Gatter versehen sind, auszrotten zu lassen.

Forstbesitzer, welche Schwarz-, Roth- und Damm-Wild in eingegatterten Forsten hegen, sind vom 15. Februar k. J. an für allen Schaden, welchen dasselbe fremden Grundstücken, oder deren Erzeugnissen zufügt, verantwortlich.

§. 15.

Die Herzogl. Forst- und Jagdbeamten werden hierdurch angewiesen, das Schwarz-, Roth- und Damm-Wild in den nicht eingegatterten Cammer- und Kloster-Forsten gänzlich auszurotten, und die Säumigen sollen durch Ord-

nungs- und Disciplinar-Strafen zur Erfüllung dieser Obliegenheit angehalten werden.

Für die Erlegung des Schwarz-, Roth- und Damm-Wildes sollen angemessene Prämien bewilligt werden. Ueber die Höhe dieser Prämien werden von der Herzogl. Cammer, Direction der Forsten und Jagden, von Zeit zu Zeit Bekanntmachungen erlassen werden.

§. 16.

Ist die im §. 14 vorgeschriebene Ausrottung des Schwarz-, Roth- und Damm-Wildes bis zum 15 Februar 1850 nicht bewirkt, so haben die angrenzenden Feldmark's-Interessenten das Recht, zu verlangen, daß den Pächtern oder Administratoren ihrer Jagd von dem zuständigen Herzogl. Amte gestattet werde, in den benachbarten Forsten nach Schwarz-, Roth- und Damm-Wild zu jagen und die erlegten Stücke für sich zu behalten.

Das Herzogl. Amt darf diese Befugniß jedoch nur solchen Pächtern oder Administratoren, welche ihm als zuverlässige Männer bekannt sind, und höchstens drei Personen für jede Interessentschaft ertheilen.

Durch Mißbrauch geht diese Befugniß verloren.

Bleibt dieses erfolglos, so hat das zuständige Herzogl. Amt auf Anzeige der angrenzenden Feldmark's-Interessenten eine Jagd nach Schwarz-, Roth- und Damm-Wild unter Mitwirkung des Ober-Forstbeamten polizeilich anzuordnen.

§. 17.

Die Jagdinteressenten sind verpflichtet, die in ihrem Bezirke vorhandenen wilden Kaninchen auszurotten zu lassen.

Auch ist jeder einzelne Grundbesitzer befugt, auf seinen Grundstücken wilde Kaninchen zu fangen und zu tödten, jedoch ohne Anwendung von Schießgewehren, auch die gefangenen oder getödteten Kaninchen für sich zu behalten.

§. 18.

Die Jagd darf nicht von jedem einzelnen Grundbesitzer auf seinem Grundstücke ausgeübt werden, sondern die Jagdinteressenten (§. 3.) haben solche gemeinschaftlich durch Verpachtung oder Administration der Jagd auf der ganzen Feldmark oder in dem ganzen Holze, oder bei größeren Feldmarken in Abtheilungen von wenigstens 2000 Feldmorgen zu nutzen.

Der Pächter oder Administrator ist für die bei Ausübung der Jagd vorkommenden Mißbräuche verantwortlich.

Grundbesitzer, welche über 300 Feldmorgen im Zusammenhange auf einer Feldmark besitzen, können die Jagd auf solchen selbst ausüben.

§. 19.

Dem Eigenthümer steht es frei, seine Grundstücke als Garten einzufriedigen, und es darf alsdann die Jagd auf denselben nicht ausgeübt werden.

§. 20.

An dem Ertrage der Jagd nimmt jeder Grundbesitzer nach der Größe seines Grundbesitzes, nach Absatz der Flächen, auf welchen er die Jagd selbst ausübt — und bei ungetheilten Grundstücken nach seinem Nutzungsrechte Theil.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, am 8. September 1848.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz.

von Gehso.

Verzeichniß

der

Jagdbezirke im Herzogthume.



Erste Abtheilung.

I. Oberforst Braunschweig.

		Werths- Classe	Capital- Werth Acker und Wiese pro Feldmorgen F o r s t pro Waldmorgen R
1	In den Herrschaftlichen Gemeinde- und Privatforsten des Oberforstes	I	4
2	Auf den Feldmarken des Jagdreviers Ribdagshausen :		
	a. auf dem dazu gehörigen Theile des Braunschweiger Stadtfeldes und den Feldmarken Ribdagshausen, Obern- und Niedern-Sicke	I	4
	b. auf den übrigen dazu gehörigen Feldmarken	II	3
3	Auf den Feldmarken des Jagdbezirks Wendhausen :		
	a. auf dem zugehörigen Theile d. Braunschweiger Stadtfeldes der Feldmark Gliesmarode, demjenigen Theile der Feldmark Querum, welcher auf dem linken Ufer der Schunter liegt, imgleichen auf den von den vorbemerkten Flächen weiter westlich zwischen der Schunter und der Oker belegenen Feldmarkssflächen	I	4
	b. auf allen übrigen dazu gehörigen Feldmarkssflächen	II	3
4	Auf den Feldmarken, welche den Jagdbezirk des Reviers Beienrode begreifen	II	3
5	Auf den Feldmarken des Jagdreviers Wolfenbüttel	I	4
6	Auf den Feldmarken des Jagdreviers Lichtenberg :		

a. die auf dem rechten Ufer der Fuhse
belegenen Feldmarkssflächen einschließ-
lich der Feldmarken Salder, Lichten-
berg, Bruchmachtersen, Lesse, Burg-
dorf, Reppner

b. auf allen übrigen Feldmarkssflächen
Auf den Feldmarken des Jagdreviers So-
phienthal:

a. auf dem zugehörigen Theile d. Braun-
schweiger Stadtfeldes und den Feld-
marken Lehnborn, Delper, Bölden-
rode, Watenbüttel, Bortfeld, Wahle,
Sierße, Broitzen, Zimmerlahe, Gr.
u. Al. Gleidingen, Denstorf, Lam-
me, Sonnenberg und Wedlenstedt

b. auf den Feldmarken Sophienthal,
Fürstenau, Woltorf und Harvesse .
und

c. auf allen übrigen Feldmarken . .

II. Oberforst Königsutter.

In den sämtlichen am Elme belegenen
Privat- und Gemeindeforsten, einschließ-
lich des Dahlumer und Eizumer Lah

In den sämtlichen übrigen zu den Forst-
revieren Königsutter, Evessen, Run-
stedt und Affe gehörenden Privat- u.
Gemeindeforsten, einschließlich derer,
worin den Gütern Destedt, Beltheim
und Glentorf das Jagdrecht zusteht .

In den sämtlichen zu dem Forstreviere
Hessen gehörenden Herrschaftlichen Ge-
meinde- und Privatforsten

Werths- Classe	Capital- Werth
Acker und Wiese pro Feldmorgen F o r s t	
pro Waldmorgen	℔

I

4

II

3

I

4

III

2

II

3

III

2

I

4

III

2

Ordn. = M

			Werth = Classe	Capital Werth
			Acker und Wiese pro Feldmorgen F o r s t pro Waldmorgen M	
4	Auf den Feldmarken des Herzogl. Amtes Königslutter, soweit dieselben zu den Jagdrevieren Königslutter, Brunzle- berfeld und Kunstedt gehören	III	2	
5	Auf den zum Kunstedter Reviere gehören- den Feldmarken Helmstedt, Büdden- stedt, Alversdorf und Dffleben	II	3	
6	Auf den Feldmarken der Herzogl. Aem- ter Schöningen und Schöppenstedt, so- weit dieselben zu den Jagdrevieren Schö- ningen, Kunstedt, Evessen, Assen und Hessen gehören	II	3	
7	Auf den Feldmarken des Herzogl. Amtes Schöppenstedt, so weit dieselben zu dem Jagdreviere Boigtdahlum und denen des Herzogl. Amtes Wolfenbüttel, so weit dieselben zum Jagdreviere Assen gehören	II	3	
8	Auf den Feldmarken des Herzogl. Amtes Riddagshausen, so weit dieselben zum Bezirk des Oberforstes Königslutter gehören	I	4	
1	III. Oberforst Helmstedt.			
2	In den zum Helmstedter, Barmker, Ma- rienthaler und Bährdorfer Reviere ge- hörenden Herrschaftlichen Gemeinde- und Privatforsten	II	3	
	Auf den zu den Jagdrevieren Helmstedt und Barmke gehörenden Feldmarken, insgleichen auf den zum Marienthaler Reviere gehörenden Theilen der Feld- marken Barmke und Emmerstedt und			

- auf den Feldmarken Gr. und Klein
Sisbeck
- Auf den übrigen Feldmarken des Jagdreviers
Marienthal
- Auf den zum Bahrdorfer Jagdreviere ge-
hörenden Feldmarken
- In den Privat- und Gemeindeforsten der
Reviere Neuhaus, Borsfelde und Cal-
vörde, imgleichen auf den zugehörigen
Feldmarken

IV. Oberforst Blankenburg.

- In den sämtlichen am Harze belegenen
Herrschaftlichen, Privat- und Gemein-
deforsten dieses Oberforstes
- Am Heidelberg in der Halberstädter Ma-
gistratsforst und den übrigen Feldhöl-
zern
- Auf den Feldmarken Blankenburg und
Börnecke
- Auf den Feldmarken Gattenstedt, Wien-
rode, Timmenrode, Heimbürg und
Benzingerode

V. Oberforst Hasselfelde..

- In den Gemeinde- und Privatforsten.

VI. Oberforst Walkenried.

- In den Herrschaftlichen Forsten und auf
den Feldmarken Walkenried, Neuhaus,
Wiedigshof

Werths- Classe	Capital- Werth
Acker und Wiese pro Feldmorgen F o r s t	
pro Waldmorgen	M

II 3

III 2

II 3

III 2

III 2

III 2

II 3

III 2

IV 1

IV 1

Ordn. = M

		Werth- Classe	Capital- Werth
		Acker und Wiese pro Feldmorgen F o r s t pro Waldmorgen ggr	
VII. Oberforst Harzburg.			
1	In dem zum Forstreviere Wolfshagen ge- hörigen Privat-, Gemeinde- und Han- noverschen Klosterforsten	III	2
2	In den zum Jagdreviere Wolfshagen ge- hörigen, im Herzogl. Amte Lutter am Barenberge belegenen Feldmarken	V	1/2
3	In den Privatforsten des Forstreviers Oker, einschließlich der Goslarschen Stadt- forst	IV	1
4	In den zum Forstreviere Schimmerwald gehörigen Königlich Hannov. Forsten	II	3
5	In den im Herzogl. Amte Harzburg be- legenen Feldmarken	II	3
VIII. Oberforst Seesen.			
1	In den zum Forstreviere Langelsheim ge- hörigen Privatforsten und auf der Feld- mark Langelsheim	IV	1
2	In den Gemeinde- und Privatforsten der Forstreviere Lutter am Bbge., Hahau- sen, Seesen und Gittelde	III	2
3	In den Privat- und Gemeindeforsten des Forstreviers Gandersheim	II	3
4	Auf den zu den Herzogl. Aemtern Lutter am Bbge. und Gandersheim gehöri- gen Feldmarken	III	2
5	Die Feldmarken des Herzoglichen Amtes Seesen	IV	1

IX. Oberforst Stadtolbendorf.

		Werths- Classe	Capital- Werth
		Acker und Wiese pro Feldmorgen F o r s t pro Waldmorgen 99%	
1	In den sämmtlichen Herrschaftlichen, Gemeindef- und Privatforsten	III	2
2	Auf den Feldmarken Raierde, Delligsen, Barrigsen, Düsternthal, Grünenplan, Delcassen, Heinrichshagen und Breiten- camp, Ammensen, Hohenbüchen, Coppengrave, Eyme, Mainzholzen, Bor- wohle, Wickensen, Holzen, Eschershau- sen, Scharfoldendorf, Linnencamp, Em- merborn, Wangelnstedt und Lenne	V	1/2
3	Auf allen übrigen Feldmarken des Ober- forstes	IV	1

X. Oberforst Holzminden.

1	Auf den Feldmarken Derenthal, Neuhaus, Fohlenplacken und Hellenthal und im Herzogl. Amte Thedinghausen	V	1/2
2	Auf den Feldmarken Merxhausen, Heina- de und Braak	IV	1
3	In den Herrschaftlichen, Privat- und Ge- meindeforsten der Reviere Ottenstein und Kemnade	II	3
4	In den sämmtlichen übrigen, zum Ober- forste Holzminden gehörigen Forsten u. Feldmarken	III	2

	Werths- Classe	Capital- Werth
	Acker und Wiese pro Feldmorgen	F o r s t pro Waldmorgen
		M
XI. In sämmtlichen Oberforsten.		
Acker und Wiesen innerhalb der Forsten	V	1/2
<p>Sollte eine Jagdberechtigung in den vorstehenden Bezeichnungen nicht mit begriffen sein, so ist solche nach dem bestimmten Werthe der angrenzenden Jagd, dann aber, wenn sie mit mehreren Jagden grenzt, nach dem niedrigsten für die angrenzenden Jagden angegebenen Capitalwerthe abzulösen.</p>		
Zweite Abtheilung.		
Oberforst Blankenburg.		
Auf den Feldmarken Hüttenrode und Hasselfelde	0	0
Oberforst Hasselfelde.		
Auf den sämmtlichen Feldmarken	0	0
Oberforst Balkenried.		
Auf allen übrigen in der ersten Abtheilung nicht aufgeführten (VI) Feldmarksf lächen	0	0

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 29.

Braunschweig, den 23. August 1849.

Gesetz, die Ausübung des Jagdschusses betreffend.
d. d. Braunschweig, den 16. August 1849.

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog
zu Braunschweig und Lüneburg rc.**

Da durch die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grundstücken und die Uebertragung desselben auf die Grundbesitzer mehrfache Abänderungen der bestehenden Jagdgesetze erforderlich geworden sind, so erlassen Wir mit Zustimmung der Abgeordneten des Landes nachstehende gesetzliche Bestimmungen.

§. 1.

Die Verordnung vom 22. März 1825, die Jagd-frevel und Wildddieberei und deren Bestrafung betreffend, wird aufgehoben.

§. 2.

Zu der Ausübung des Jagdschusses sind berechtigt und verpflichtet nicht nur, innerhalb der Grenzen ihrer Jagdreviere, unsere Herzogl. Forst- und Jagdbeamten, Revierjäger, beeidigten Forstlehrlinge, so wie die von Jagdbesitzern zum Schutze ihrer Jagden angenommenen Jagdaufseher, welche der betreffenden Landes-Polizei-Be-

hörde (Herzogl. Kreisdirection) in Vorschlag gebracht und nach deren Genehmigung auf Constatirung der Jagdfrevler, nach Maßgabe des §. 7. der Verordnung vom 5. Mai 1815, das in Forststrassachen zu beobachtende Verfahren betreffend, beeidigt sind, sondern auch das Polizei- und das dazu commandirte active Militair.

Die Verfolgung aus einem Reviere in das andere ist zulässig.

§. 3.

Die Landes-Polizei-Behörde (Herzogl. Kreis-Direction) hat nur rechtliche, befähigte Personen zur Anstellung als Jagdaufseher zuzulassen. Ist die Anstellung und Beeidigung erfolgt, so ist sie in den hiesigen Anzeigen bekannt zu machen.

§. 4.

Von den in dem §. 2 bezeichneten Personen, sind das Polizei- und dazu commandirte active Militair verpflichtet, jede, die übrigen aber die innerhalb ihrer Jagdreviere bemerkte Handlung, welche den bestehenden Jagdgesetzen zuwiderläuft, zur Anzeige zu bringen. Sie sind zugleich berechtigt, den Frevlern die zur Ausübung des Frevels dienenden Werkzeuge abzunehmen, die betroffenen Wildddiebe zu verfolgen, zu entwaffnen und nöthigenfalls dem betreffenden Gerichte vorzuführen.

Die beeidigten Jagdaufseher haben die von ihnen aufgenommenen Anzeigen bei dem betreffenden Oberforstbeamten einzureichen. Bei diesem sind auch die, in Bezirken für welche keine Jagdaufseher angenommen sind, von dem zur Ausübung der Jagd Berechtigten selbst erfolgenden Anzeigen anzubringen.

§. 5.

Bei Ausübung des Jagdschutzes dürfen die dazu verpflichteten Personen ihre Waffen gegen Jagdfrevler und Wildddiebe nur dann gebrauchen, wenn sie sich im Bu-

stande der Nothwehr befinden, (§§. 166 bis 168 des Criminalgesetzbuches.)

§. 6.

Wer den Jagdschuß der ihm zustehenden Berechtigung gemäß ausübt, muß eine Dienstkleidung oder das vorschriftsmäßige Abzeichen tragen, welches auf seinen Beruf zur Ausübung des Jagdschusses schließen läßt.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten
Herzogl. Geheime = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig am 16. August 1849.

(**L. S.**)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz.

von Genso.



Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 30.

Braunschweig, den 27. August 1849.

Jagdstrafgesetz.

d. d. Braunschweig, den 20. August 1849.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. &c.

Da nach den wesentlichen Veränderungen, welche die Jagdverhältnisse erlitten haben, das Jagdstrafgesetz vom 6. Juni 1839 nicht mehr passend erscheint, so erlassen Wir mit Zustimmung der Abgeordneten des Landes das nachfolgende Jagd- und Fischerei-Strafgesetz.

Titel I.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

1. Gegenstand des Gesetzes.

Alle in diesem Gesetze mit Strafen bedroheten Handlungen oder Unterlassungen sind Jagdfrevel.

§. 2.

2. Analogische Anwendung desselben.

Die Vorschriften dieses Gesetzes sind auf solche Handlungen und Unterlassungen anzuwenden, welche entweder nach den Worten, oder nach dem Sinne, oder nach dem Grunde der einzelnen Bestimmungen desselben als darin unzweifelhaft enthalten, anzusehen sind.

§. 3.

3. Zulässige Strafen.

A. Deren Arten.

Die wegen Jagdsfrevel zu erkennenden zulässigen Strafen sind folgende:

1. Geldstrafe,
2. Strafarbeit,
3. Gefängniß, bei dessen Vollziehung in Gemäßheit des §. 12 des Criminalgesetzbuches zu verfahren ist.

Auch findet neben diesen Strafen die Confiscation der zur Ausübung des Frevels gebrauchten Waffen und Werkzeuge statt.

§. 4.

B. Deren nähere Bestimmung.

a. Geldstrafen.

In allen Fällen, in denen das Gesetz nicht ein anderes ausdrücklich vorschreibt, sind gegen Jagdsfrevler Geldstrafen zu erkennen und zu vollziehen.

§. 5.

b. Strafarbeit.

Strafarbeit mit der Hand oder dem Gespanne tritt nur gegen nicht zahlfähige Frevler ein, so weit sie die Geldstrafen nicht entrichten.

Das Gericht wird bei völlig klarer Mittellofigkeit

des Frevlers sogleich, sonst aber eventuell (Verordnung vom 20. April 1826, §. 1) auf diese Strafart erkennen.

Der Verurtheilte hat in Person die Arbeit zu leisten. Es ist nur gestattet, daß Eltern für die Kinder und umgekehrt, diese für jene, ferner Geschwister und Eheleute für einander die Strafe ableisten, vorausgesetzt, daß die gestellte Person arbeitsfähig ist.

Kinder unter 14 Jahren können zur Strafarbeit nicht zugelassen werden.

Wenn Jagdfrevel gegen sie zur Anzeige kommen, so findet das Gesetz vom 10. Juli 1840 über die gegen Kinder wegen verbrecherischer Handlungen zu ergreifenden polizeilichen Maßregeln Anwendung. Durch Zahlung der verwirkten Geldstrafe wird aber auch in diesen Fällen die Sache erledigt, und es ist solche daher in dem von dem Gerichte abzugebenden Erkenntnisse bestimmt auszu-
drücken.

Bei Umwandlung der Geldstrafe in Strafarbeit soll ein Tag Strafarbeit mit der Hand zu 6 gr und ein Tag Strafarbeit mit einem Zweigespanne zu 1 fl und mit einem Biergespanne zu 2 fl berechnet werden.

Die Dauer der Strafarbeit mit der Hand soll nicht über 40 Tage, die der Strafarbeit mit dem Gespanne nicht über 14 Tage betragen.

Würde daher eine, wegen eines oder mehrerer Jagdfrevel zugleich zu erkennende Strafe eine Strafarbeit von längerer als der vorgeschriebenen Dauer ergeben, so ist die ganze Strafe in Gefängniß zu verwandeln.

Eine Verwandlung der Strafarbeit in Gefängniß soll auch stattfinden, wenn die gegen denselben Frevler seit Erlassung dieses Gesetzes erkannten und noch nicht vollzogenen Strafarbeitstage für sich zusammengerechnet, oder in Zusammenrechnung mit der jetzt zu erkennenden Strafe über 40 Tage ausmachen, und haben insbesondere

die Oberforstbeamten auf die Ausführung dieser Vorschrift zu achten und solche zu beantragen.

Eine solche Strafverwandlung verfügt das Gericht, welches das letzte Straf-Erkenntniß gegen den Frevler abgegeben oder abzugeben hat, und zu derselben sind daher auch die Aemter und Stadtgerichte competent, insofern die zuletzt erkannte oder zu erkennende Strafe an sich ihre Competenz nicht übersteigt.

§. 6.

c. Gefängniß.

Gefängniß tritt ein, wenn die zu vollziehenden Geldstrafen nicht beigetrieben werden können, oder, in Strafarbeit verwandelt, die höchste Dauer dieser Strafart übersteigen würden, (§. 5.) es soll indeß wegen Jagdsfrevl über ein Jahr Gefängniß nicht erkannt werden.

Ein Tag Gefängniß wird zu 1 R berechnet.

§. 7.

d. Gemeinschaftliche Bestimmungen für die Berechnung der Leibesstrafen nach Geld.

Wenn der Betrag der in Leibesstrafen zu verwandelnden ganzen Geldstrafe, den obigen Bestimmungen zufolge, nicht einen vollen Strafarbeitstag mit der Hand ausmacht, so ist doch auf einen Strafarbeitstag mit der Hand, event. auf einen halben Gefängnistag zu erkennen.

Geht die Geldstrafe in vollen Straftagen nicht auf, so ist folgendergestalt zu verfahren:

1. Bei Strafarbeit mit der Hand wird ein Ueberschuß
von unter 2 R gar nicht,
von 2 bis 4 R für einen halben Tag,
über 4 bis 6 R für einen vollen Tag
berechnet;
2. bei Strafarbeit mit dem Zweigespanne wird ein
Ueberschuß

von weniger als 8 gge gar nicht,
 von 8 bis 16 gge für einen halben Tag,
 und über 16 gge bis 1 ₰ für einen vollen Tag
 berechnet;

3. bei Gefängniß ist ein Ueberschuß
 von unter 12 gge gar nicht,
 von 12 bis 18 gge für einen halben Tag,
 über 18 gge bis 1 ₰ für einen vollen Tag
 zu rechnen.

§. 8.

4. Urheber, Theilnehmer, Begünstiger u. s. w.

Hinsichtlich der Frage, wer als Mitschuldiger anzusehen sei, so wie wegen Tilgung der Strafarbeit der Jagdfrevel kommen die in dem Criminalgesetzbuche (§. 41—47 einschließlic und §. 67 u. f) festgestellten Grundsätze in Anwendung. Gegen ungleiche Theilnehmer ersten Grades kann bis zu zwei Drittel, gegen ungleiche Theilnehmer zweiten Grades bis zu ein Halb, gegen Begünstiger bis zu ein Drittel der für den Urheber festgestellten Strafe erkannt werden.

§. 9.

5. Allgemeine Strafbestimmungen.

A. Allgemeiner Grundsatz.

Wer einen Jagdfrevel begeht, soll, neben der gesetzlichen Strafe, den Werth des gefrevelten Gegenstandes, in so fern nicht der Jagdberechtigte diesen in noch brauchbarem Zustande erhalten hat, und die Untersuchungskosten entrichten, und die zur Ausführung des Frevels gebrauchten Waffen und Werkzeuge sollen confiscirt werden.

Gehören die Waffen und Werkzeuge nicht dem Freveler, sondern einem Dritten, und hatte erweislich ohne dessen Wissen und Willen der Freveler derselben sich an-

gemaßt, so kann sie der Eigenthümer unentgeltlich zurückverlangen, der Frevler hat aber statt der Confiscation, den Werth der Waffen und Werkzeuge zu bezahlen. Ueberließ aber die Waffen und Werkzeuge der Eigenthümer dem Frevler oder einem Dritten, von welchem der Frevler sie erhielt, zum Gebrauch, so steht ihm die Zurücknahme nur, wenn er erweislich um den Frevler nicht wußte, und gegen Bezahlung des gemeinen Werthes, frei.

Strafe und Untersuchungskosten fließen in die Staatskasse, den Werthersatz erhält der Jagdberechtigte, und die confiscirten Waffen und Werkzeuge, oder deren etwa gezahlter Werth verfallen der Staatskasse.

§. 10.

B. Erschwerende Umstände.

a. Bei Nacht, an Sonn- und Festtagen verübte Frevel.

Wer Nachts, d. h. nach Sonnenuntergang und vor Sonnenaufgang, oder an Sonn- und Festtagen Jagdfrevel begeht, wird mit dem zweifachen Betrage der durch den Frevler verwirkten einfachen Strafe belegt.

Treffen diese erschwerende Umstände zusammen, so hat doch nur eine einmalige Verdoppelung statt.

§. 11.

b. Frevler, die sich unkenntlich machen.

Die Strafe der Frevler, welche sich durch Vermummungen, Anschwärzen des Gesichts, oder auf andere Weise unkenntlich machen, soll nach Maßgabe der Umstände bis zur Hälfte der auf den Frevler gesetzten Strafe und höchstens um 10 fl erhöht werden.

§. 12.

c. Falsche Angaben und Entziehen der Pfändung.

Der Frevler, welcher einen falschen Namen oder

Wohnort angiebt, oder den ihn betreffenden Jagdschutzbeamten durch sonstige falsche Angaben täuscht, oder sich auf irgend eine Weise der Pfändung entzieht, soll, außer der durch den Frevel verschuldeten Strafe in eine Strafe von 12 gg bis 1 J genommen werden.

§. 13.

d. Widerspenstige Fortsetzung des Frevels.

Wer bei Ausübung eines Frevels von den Jagdschutzbeamten betroffen, von dessen Fortsetzung sich nicht abhalten läßt, erlegt das doppelte der auf den Frevel gesetzten einfachen Strafe.

§. 14.

e. Verkauf gefrevelter Jagd- oder Fischerei-Produkte.

Wer die von ihm selbst oder von seinen Angehörigen entwendeten Jagd- oder Fischerei-Produkte verkauft, bezahlt, vorbehältlich der Strafe für die Entwendung, den doppelten Werth als Strafe.

§. 15.

f. Vergehen gegen die Jagdbeamten.

Vergehen der Freveler gegen Forst- und Jagdbeamte, oder gegen die mit der Aufsicht über die Jagd und Fischerei beauftragten Aufseher werden nach den desfalligen Bestimmungen des Criminalgesetzbuches bestraft.

§. 16.

C. Rückfall.

Wer wegen Jagdfrevels zufolge rechtskräftigen Erkenntnisses eines hiesigen Gerichts Strafe erlitten hat und innerhalb eines Jahres, nachdem die erkannte Strafe ganz oder theilweise vollzogen ist, einen gleichartigen Jagdfrevel begeht, soll wegen des ersten Rückfalls

die doppelte,

wegen des zweiten und der folgenden Rückfälle

die dreifache

der auf den Frevel gesetzten einfachen Strafe erlegen.

Als gleichartige Jagdfrevel sind im Sinne dieses §. nur die nachstehend unter jeder einzelnen Ziffer aufgeführten zu betrachten, nämlich:

1. Wildddieberei (§. 19 — 25).
2. Aneignung jungen oder erlegten Wildes und verbotener Vogelfang (§. 26 — 32).
3. Polizeivergehen der Jagdberechtigten (§. 33 — 35).
4. Hundewrogen (§. 36. 37).
5. Fischdiebereien (§. 40 — 45).

§. 17.

6. Schätzung des Werthes.

Die Schätzung des Werthes erfolgt nach der Herzoglichen Cammertaxe, und, wo diese fehlt, nach dem Localwerthe.

§. 18.

7. Priorität der von den Frevlern zu leistenden Zahlungen

Wenn die Mittel des Frevlers nicht ausreichen, die ihm obliegenden Zahlungen zu leisten, so sollen sie in folgender Ordnung erfolgen:

- 1) Werthserlag, (§. 17.)
- 2) Untersuchungskosten,
- 3) Strafe.

Titel II.

Besondere Bestimmungen.

I. Jagdfrevel.

A. Wildddieberei.

a. mit Schießgewehr.

§. 19.

α. Versuch.

Wer mit einem zur Jagd fertigen, selbst ungeladenen

Schießgewehre, vom Wege ab, in fremden Jagdrevieren betroffen wird, zahlt

im Felde betroffen 5 ₰,

im Holze 10 ₰

Strafe.

Unter Wegen sind im Sinne dieses §. nur die Jedermann geöfifneten Communicationswege zwischen Ortschaften zu verstehen. Wenn aber ein Jagdberechtigter sich zu einem Jagdreviere, wohin kein solcher öffentlicher Communicationsweg führt, zur Ausübung seines Jagdrechts durch ein fremdes Jagdrevier zu begeben hat, so ist derselbe befugt und beschränkt, sich dahin desjenigen Weges zu bedienen, welcher zur Abfuhr der Producte jener Flächen nach der Ortschaft, oder bis auf den öffentlichen Communicationsweg hin, benutzt wird, z. B. des Heuabfuhr-, Feld- oder Holzabfuhrweges.

§. 20.

β. wirkliches Jagen.

Wer, mit Schießgewehre versehen, in fremden Jagdrevieren, auf dem Anstande steht, oder überhaupt jagt, wird für Frevel dieser Art

im Felde mit 10 ₰,

im Holze, oder falls er aus Gärten und Häusern auf Wild geschossen hat, mit 20 ₰

bestraft.

§. 21.

γ. mit Wilddiebsflinten.

Wer in den §§. 19 und 20 gedachten Fällen mit einer f. g. Wilddiebsflinte versehen ist, bezahlt außerdem 10 ₰ Strafe. Unter Wilddiebsflinte ist jedes Gewehr zu verstehen, welches durch eine besondere, von der gewöhnlichen Construction abweichende Einrichtung, leicht und schnell durch Abschrauben oder Auseinandernehmen getheilt werden kann.

§. 22.

b. durch Hegen mit Hunden.

Wer in fremden Jagdrevieren mit Hunden hegt, zahlt 3 \mathfrak{R} Strafe.

§. 23.

c. Versuch, Wild zu fangen, oder zu erlegen.

Wer in fremden Jagdrevieren Netze, Fallen oder Schlingen stellt, oder sonst irgend etwas unternimmt, um zur Jagd gehörige Thiere auf andere als in den vorhergehenden §. §. gedachte Weise zu fangen oder zu erlegen, zahlt 1 bis 10 \mathfrak{R} Strafe, jedoch vorbehältlich der weiter unten gegebenen Bestimmungen. (§§. 26 — 32.)

Das Gericht wird innerhalb dieser Summen nach Maßgabe der Gefährlichkeit der Unternehmung und des Werthes der Wildart, auf welche die Absicht gerichtet war, die Strafe bestimmen.

§. 24.

Fortsetzung.

Wer aufgestellte Netze, Fallen, Schlingen, oder andere Vorrichtungen, um zur Jagd gehörige Thiere einzufangen, oder in denselben gefangene Thiere, welche er in fremden Jagdrevieren findet, an sich nimmt, oder angreift, soll ebenso bestraft werden, als hätte er diese Vorrichtungen unbefugter Weise selbst gemacht und die Thiere sich angeeignet.

Außerdem ist der Werth der dem Jagdberechtigten etwa gehörenden und entwendeten Fangwerkzeuge diesem zu ersetzen.

§. 25.

Strafe für erlegtes oder gefangenes Wild.

Jagdfrevler, die zur Jagd gehörige Thiere wirklich erlegen oder fangen, sollen, außer den oben §. 19 bis 24 bestimmten Strafen, ein Jeder den dreifachen Werth der erlegten oder gefangenen Thiere als Strafe zahlen, und den Jagdberechtigten den einfachen Werth entrichten.

B. Aneignung jungen und erlegten Wildes und verbotener Vogelfang.

§. 26.

a. Jungen Wildes und von Nestern.

Wer in fremden Jagdrevieren junges Wild oder Nester von wildem Geflügel aufnimmt, hat folgende Strafe zu bezahlen:

für ein Wildkalb von Roth= oder Dammwild .	3 fl .
» » Rehkalb	2 »
» » Frischling	2 »
» einen Hasen, Kaninchen, Fischotter, Iltis, Marder, wilde Kaze oder Fuchs	1 »
» einen Dachs	2 »
» ein gestörtes Auerhühner=, Reiher=, Schwan=, Trappen=, Kranichs= oder wilde Gänse= .	2 »
» ein gestörtes Fasanennest	3 »
» » » Birk= oder Haselhühnernest . . .	1 »
» » » Feldhühner=, Wachtelkönigs=, wilde Enten=, Schnepfen= oder Bekassinnennest . .	1 »

Als Werthersatz soll in allen diesen Fällen die Hälfte der Strafe entrichtet werden.

§. 27.

b. Erlegten Wildes.

Wer von Jagdberechtigten erlegte, sonst getödtete oder angeschossene, zur Jagd gehörige Thiere aufnimmt, beschädigt oder entwendet, bezahlt, neben Erstattung des Werthes oder des angerichteten Schadens, den dreifachen Betrag als Strafe.

§. 28.

c. Dohnenstellen.

Wer in fremden Jagdrevieren, ohne Erlaubniß, Lauf= oder andere Dohnen stellt, erlegt 1 fl , wer aus einem Dohnenstiege Vögel oder Dohnen entwendet — 2 fl

Strafe, und entrichtet an Werthserfaß für jede entwendete Dohne 2 \mathfrak{g} und für jeden Vogel 2 \mathfrak{g} .

§. 29.

d. Vogelheerde und Krähen- oder Meisenhöhlen.

Wer in fremden Jagdrevieren, ohne Erlaubniß, einen Vogelheerd oder eine Krähen- oder Meisenhütte anlegt, entrichtet 1 \mathfrak{g} Strafe, muß solche hinwegnehmen und zahlt für jeden gefangenen oder erlegten Vogel 1 \mathfrak{g} Strafe und eben so viel an Werthserfaß.

§. 30.

Wachtelfang und Lerchenstreichen.

Wer in fremden Jagdrevieren, ohne Erlaubniß, Wachteln oder Lerchen fängt oder streicht, entrichtet 1 \mathfrak{g} Strafe, und zahlt für jeden gefangenen Vogel 1 \mathfrak{g} 6 \mathfrak{d} Strafe und eben so viel an Werthserfaß.

§. 31.

Ausnehmen der Vogelnester.

Das Ausnehmen und Zerstören der Wachtel-, Lerchen-, Krametsvögel-, Drosseln- und Dompfaffen-Nester ist in fremden Jagdrevieren für jedes ausgenommene oder verstörte Nest bei 16 \mathfrak{g} Strafe verboten.

§. 32.

F o r t s e t z u n g.

In fremden Jagdrevieren ist das Ausnehmen von Adler- oder Schuhu-Nestern verboten bei 5 \mathfrak{g} Strafe; das der Nester von großen Raubvögeln und Kolkraben bei 2 \mathfrak{g} , das der Nester von kleinen Raubvögeln bei 1 \mathfrak{g} für jedes Nest. Auf diese oder andere Weise aufgenommene junge Vögel der in diesem und dem vorigen Paragraphen aufgeführten Arten sind dem Jagdberechtigten abzuliefern, oder nochmals die angedrohten Strafbeträge demselben als Schadenersatz zu erlegen.

C. Jagd = Polizei = Vergehen.

§. 33.

a. Der Grundeigenthümer.

Jeder Grundeigenthümer, welcher das Jagdrecht auf eigenen Grundstücken auf ungesetzliche, oder dem Beschlusse der Jagd = Interessentschaft zuwiderlaufende Weise ausübt, wird eben so bestraft, als wenn er die unerlaubte Handlung in fremden Jagdrevieren begangen hätte.

Die den Grundeigenthümern in der Verordnung vom 8. September 1848, §. 17, hinsichtlich der wilden Kaninchen zugestandenen Befugnisse bleiben indessen bestehen, auch ist der Fischereibesitzer wie bisher befugt, Fischottern zu fangen oder zu tödten.

Auch versteht es sich von selbst, daß diejenigen, welche befugt sind, wilde Kaninchen und Fischottern zu tödten, auch die Jungen dieser Wildarten aufnehmen können.

Wer auf erhaltene Erlaubniß des Jagdberechtigten sich beruft, ohne daß er in dessen Beisein jagt, muß eine schriftliche Nachweisung darüber vorzeigen, widrigenfalls jenes Vorbringen nicht berücksichtigt wird.

§. 34.

b. Während der Hägezeit.

Der Besitzer von Jagden, welcher während der Hägezeit, welche für Rehwild vom 13. Febr. bis 24. Juni, und für Hasen, Rebhühner und Fasanen vom 13. Febr. bis 4. Septbr. dauert, nach diesen Wildarten jagt, bezahlt 10 \mathfrak{g} als Strafe.

§. 35.

c. Bei der Wildfolge.

Das Recht zur Jagd = oder Wildfolge ist aufgehoben. Wer dieselbe dennoch ausübt, wird eben so bestraft, als wenn er wilddiebt.

§. 36.

d. Für jagende Hunde.

Für einen Hund, der jagt oder reviert, bezahlt der mit der Jagd nicht berechnigte Eigenthümer des Hundes 1 \mathcal{R} , und ist der Jagdeigenthümer überdieß befugt, den Hund todt zu schießen.

Der Hirte, welcher seinen Hund von der Heerde entfernt laufen läßt, entrichtet eine Strafe von 8 \mathcal{H} .

§. 37.

e. Für zerrissenes Wild.

Für jedes Stück Wild, welches von Hunden in fremden Jagden gefangen oder zerrissen wird, muß der Eigenthümer des Hundes dem Jagdberechnigten die einfache Taxe als Schadensersatz, außerdem aber die doppelte Taxe als Strafe erlegen.

§. 38.

f. Von Geweihen.

Wer Hirsch- oder Rehbocks-Geweiche oder Stangen in Jagdrevieren findet und sich aneignet, bezahlt für jede Stange 8 \mathcal{H} Strafe und den Werth.

§. 39.

g. Von Trüffeln.

Wer unberechnigter Weise Trüffeln sucht, wird mit Confiscation des Hundes und mit 3 \mathcal{R} bestraft und hat dem Berechnigten, nach dessen Wahl, die gefundenen Trüffeln entweder unverdorben binnen 24 Stunden zu überbringen, oder vollständig zu bezahlen.

2. Fischerei = Brogen.

A. Fischdieberei.

§. 40.

a. Einleitung.

Diebstahl von Fischen und Krebsen aus Fischkasten ist nicht Gegenstand dieses Gesetzes und wird nach den Bestimmungen des Criminalrechtes bestraft.

§. 41.

b. Allgemeine Strafbestimmung.

Wer ohne Berechtigung in Fischwassern, es sei in Flüssen, Bächen, Teichen oder Behältern mit Angeln, Körben, Netzen, mit der Hand oder auf sonstige Weise fischt oder krebset, bezahlt 3 \mathfrak{g} Strafe und ersetzt den vollständigen Werth des Fanges.

c. Erschwerende Umstände.

§. 42.

α . Fischen während der Laichzeit.

Wer solche Frevel in der Laichzeit, d. h. in Forellentbächen vom 1. October bis Ende December, in anderen Fischwassern vom 20. Februar bis Ende Mai begeht, entrichtet die doppelte Strafe.

§. 43.

β . Fischen mit Ablassung des Wassers oder Körnung.

Wer bei Ausübung von dergleichen Freveln das Wasser abläßt oder abgräbt, oder eine Fischkörnung anwendet, entrichtet:

- 1) wenn dieß außer der Laichzeit geschehen, die doppelte, und
- 2) während der Laichzeit die dreifache Strafe.

§. 44.

γ. Anwendung betäubender Mittel und Fischen mit Licht.

Wer mittelst Anwendung der Rockelskörner, oder anderer, die Fische betäubender Mittel, oder zur Nachtzeit mit Leuchten oder Fackeln unbefugt fischt, verfällt, neben der sonst verwirkten Ahndung, in 20 \mathfrak{R} Strafe.

§. 45.

F o r t s e t z u n g .

Dieselbe Strafe trifft den Fischereiberechtigten, wenn er die oben erwähnten Mittel in einer wilden Fischerei anwendet.

B. Polizeiliche Vorschriften.

§. 46.

a. Flachserotten und schädliche Flüssigkeiten.

Das Einlegen des Flachses in solche Teiche, Flüsse und Bäche, in welchen Anderen, kraft Privatrechts ein Fischereirecht zusteht, sowie in fremde Teiche und ohne polizeiliche Erlaubniß in Flüsse und Bäche ist bei 3 \mathfrak{R} Strafe verboten. Die Erlaubniß ertheilt die Ortspolizei mit Vorbehalt einer höheren Entscheidung für Fälle, in welchen ein entgegenstehendes Interesse behauptet wird. Desgleichen ist das Eingießen von Kalkwasser, Lauge und anderer schädlicher Flüssigkeiten in die Fischwasser bei 2 \mathfrak{R} Strafe verboten.

§. 47.

b. Enten und Gänse.

Ohne Erlaubniß des Fischereiberechtigten dürfen Enten überall nicht auf Fischwasser, Gänse aber nicht in den Monaten Juni, Juli und August auf Laichteiche gebracht werden, bei Strafe von 6 \mathfrak{g} für jedes Stück.

§. 48.

a. Abdämmen oder Abschlagen der Fischwässer.

Das Abdämmen und Abschlagen der Fischwässer, oder die willkührliche Veränderung des Laufes derselben, ist, wenn nicht eine Berechtigung dazu Statt findet, oder die Genehmigung des Fischereiberechtigten vorher dazu eingeholt worden, verboten bei 5 fl Strafe und Ersatz des Schadens. Stets ist aber der Fischereiberechtigte von solchen Veränderungen vorher in Kenntniß zu setzen, bei 5 fl Strafe und Schadenersatz.

§. 49.

d. Vorschriften für Müller.

Die Müller, welche die Mühlengraben ohne Vorwissen des Fischereiberechtigten zur Laichzeit abschlagen, Fischkörbe in die Mühlengänge hängen, oder sonst in denselben fischen, ohne überhaupt berechtigt zu sein, bezahlen 10 fl Strafe. Sind dieselben Steigrinnen zu halten verbunden, so sind selbige in tadelloser Beschaffenheit bei Vermeidung obiger Strafe und des vollständigen Schadenersatzes, vor dem Anfange der Steigezeit in Stand zu setzen und zu erhalten.

§. 50.

e. Vorschriften beim Wässern.

Wer bei dem Wässern der Wiesen aus Fischwässern den Stieg der Fische hemmt, oder keinen Rechen einlegt, oder dadurch den Fischen das nöthige Wasser entzieht, leistet Schadenersatz und bezahlt 5 fl Strafe.

§. 51.

Fischen während der Hegezeit.

Der Fischereiberechtigte, welcher während der Hegezeit, welche bei Forellen vom 1. October bis zum Ende December und bei anderen Fischarten und den Krebsen

vom 20. Febr. bis Ende Mai dauert, Fische oder Krebse in öffentlichen Gewässern fängt, ist mit einer Geldstrafe von 3 \mathfrak{R} zu belegen.

§. 52.

Schlußbestimmung.

Das Jagdstrafgesetz vom 6. Juni 1839, das Gesetz vom 28. October 1835, das Schießen, Fangen u. der Hasanen betreffend, und das Gesetz vom 11. Juni 1843, die Hegezeit der Fische betreffend, werden hierdurch aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 20. August 1849.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz. von Geyso.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 38.

Braunschweig, den 24. Juli 1850.

Bekanntmachung, die Ausübung des Jagdschusses betr.
d. d. Braunschweig, den 8. Juli 1850.

Dem Rescripte des Herzoglichen Staatsministeriums vom 6. d. Mts., N^o 7172, zufolge, wird eine Uebersicht der Forstreviere, in welchen die Gehülfen der Herzoglichen Forst- und Jagd-Beamten, namentlich die Gehülfsförster, Unterförster, Forstgehülfen, Revierjäger und beeidigten Forstlehrlinge nach Maafgabe des Gesetzes vom 16. August v. J. den Jagdschuss auszuüben berechtigt und verpflichtet sind, hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den 8. Juli 1850.

Herzogl. Braunschweig-Lüneburgische Cammer,
Direction der Forsten.

F. W. C. Uhde.

U e b e r s i c h t

der

Forstreviere

in welchen das Herrschaftliche Gehülfs-Forst-Personal
den Jagdschuß auszuüben hat.



M	Oberforste	Forstreviere, in welchen die Gehülfen- forstbeamten stationirt sind.	Forstreviere, in welchen die Gehülfenforst- beamten den Jagdschutz aus- zuüben haben.
---	------------	---	--

A. Oberforstdistrict Braunschweig.

I.	Braun- schweig	Sophienthal Lichtenberg Wolfenbüttel Ribdags- hausen . . Wendhausen Beyenrode .	Sophienthal. Lichtenberg. Wolfenbüttel u. Ribdagshausen. Ribdagshausen u. Wolfenbüttel. Wendhausen und Beyenrode. Beyenrode und Wendhausen.
II.	Königs- lutter	Königslutter Evesen . . Brunisleber- feld. . . . Voigts- dahlum . Kunstedt . Schöningen Assen Hessen . .	Königslutter, Evesen, Bruns- leberfeld u. Kunstedt. Evesen, Königslutter, Bruns- leberfeld u. Voigtsdahlum. Brunisleberfeld, Königslutter, Evesen, Voigtsdahlum und Kunstedt. Voigtsdahlum, Brunisleberfeld, Schöningen und Kunstedt. Kunstedt, Schöningen, Voigts- dahlum, Königslutter und Brunisleberfeld. Schöningen, Voigtsdahlum und Kunstedt. Assen. Hessen.

M	Oberforste	Forstreviere, in welchen die Gehülfs- forstbeamten stationirt sind.	Forstreviere, in welchen die Gehülfsforst- beamten den Jagdschutz aus- zuüben haben.
III.	Helmstedt	Helmstedt. Marienthal Barmke.. Bährdorf. Neuhauß. Worsfelde. Calvörde.	Helmstedt, Marienthal und Barmke. Marienthal, Helmstedt und Barmke. Barmke, Helmstedt und Ma- rienthal. Bährdorf. Neuhauß. Worsfelde. Calvörde.
IV.	Blan- kenburg	Blankenburg Wienrode. Heimburg Hüttenrode Wendefurth	Blankenburg, Wienrode, Heim- burg und Hüttenrode. Wienrode, Blankenburg, Wen- defurth, Hüttenrode und Altenbrack. Heimburg, Blankenburg und Hüttenrode. Hüttenrode, Blankenburg, Wienrode, Heimburg und Wendefurth. Wendefurth, Wienrode, Hüt- tenrode und Altenbrack.
V.	Hasselfelde	Altenbrack. Allrode.. Stiege.. Trautenstein	Altenbrack, Allrode, Wende- furth und Wienrode. Allrode, Altenbrack und Stiege. Stiege, Allrode u. Trautenstein. Trautenstein, Stiege u. Tanne.

M	Oberforste	Forstreviere, in welchen die Gehülfs- forstbeamten stationirt sind.	Forstreviere, in welchen die Gehülfsforst- beamten den Jagdschuß aus- zuüben haben.
VI.	Hasselfelde Walkenried	Tanne . . Braunlage Walkenried Zorge . . . Wieda . . . Hohegeiß .	Tanne, Trautenstein u. Braun- lage. Braunlage und Tanne. Walkenried, Zorge u. Wieda. Zorge, Wieda, Walkenried u. Hohegeiß. Wieda, Zorge, Walkenried u. Hohegeiß. Hohegeiß, Zorge und Wieda.
VII.	Harzburg	Harzburg. Schimmer- wald . . . Oker . . . Wolfshagen	Harzburg, Schimmerwald und Oker. Schimmerwald, Harzburg und Oker. Oker, Harzburg, Schimmerwald. Wolfshagen und Langelsheim.
VIII.	Seesen	Langelsheim Lutter . . . Hahausen. Seesen . . Gittelde . . Gandersheim	Langelsheim, Wolfshagen, Ha- hausen und Lutter. Lutter, Hahausen u. Langelsheim. Hahausen, Langelsheim, Lutter und Seesen. Seesen, Hahausen und Gittelde. Gittelde und Seesen. Gandersheim.
IX.	Stadt- oldendorf	Greene . . Benzen . . Kayerde . .	Greene. Benzen, Kayerde und Gime. Kayerde, Benzen, Gime, Grün- nenplan und Halle.

M	Oberforste	Forstreviere, in welchen die Gehülfen- forstbeamten stationirt sind.	Forstreviere, in welchen die Gehülfenforst- beamten den Jagdschuß aus- zuüben haben.
	Stadt- oldendorf	Grünenplan Halle . . . Negenborn Wangelnstedt Eime . . .	Grünenplan, Kayerde, Eime und Halle. Halle, Grünenplan, Kayerde, Eime, Negenborn u. Wan- gelnstedt. Negenborn, Wangelnstedt, Halle und Solmbach. Wangelnstedt, Negenborn, Halle, Eime und Merrhausen. Eime, Wangelnstedt, Benzen, Kayerde, Grünenplan und Halle.
X.	Holzminden	Merrhausen Holzmin- den M 1. Holzmin- den M 2. Bosffen . . Derenthal. Solmbach. Ottenstein. Kemnade .	Merrhausen, Solmbach, Wan- gelnstedt, Holzminden 1 u. 2, Bosffen und Derenthal. Holzminden M 1 und 2, Merr- hausen, Bosffen und De- rentthal. Holzminden M 2 u. 1, Solm- bach, Merrhausen, Bosffen und Derenthal. Bosffen, Holzminden M 1 u. 2, Derenthal u. Merrhausen. Derenthal, Bosffen, Holzmin- den M 1 u. 2 u. Merrhausen. Solmbach, Negenborn, Merr- hausen und Holzminden M 2. Ottenstein und Kemnade. Kemnade und Ottenstein.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 43.

Braunschweig, den 9. October 1851.

Gesetz, die Vollziehung von Gefängnißstrafen wegen Forstvergehen betreffend.

d. d. Braunschweig, den 25. September 1851.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog
zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Wir erlassen mit Zustimmung des Ausschusses der
Abgeordneten-Versammlung das nachfolgende Gesetz:

§. 1.

Auf die wegen Forstvergehen zu vollziehenden Gefängnißstrafen sind die Vorschriften des §. 12 des Criminalgesetzbuches anzuwenden.

§. 2.

Der §. IV. N^o 2 des Patents, die Einführung des Criminalgesetzbuches betreffend, vom 10. Juli 1840, so weit er der Bestimmung des §. 1 entgegensteht, wird hiedurch aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 25. September 1851.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz. von Geyso. Langerfeldt.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o. 23.

Braunschweig, den 29. April 1852.

Gesetz über die Ausübung des Jagdrechts.
d. d. Braunschweig, den 16. April 1852.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. &c.

Wir erlassen mit Zustimmung der Landes-Versammlung die nachfolgenden gesetzlichen Bestimmungen:

§. 1.

Der einzelne Grundbesitzer hat das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden selbstständig auszuüben, wenn und insoweit der letztere eine zusammenhängende Fläche von 300 Feldmorgen oder mehr ausmacht.

Gleiches gilt, wenn ein derartiger Grundbesitz, sich im ungetheilten Besitze mehrerer Personen oder einer Interessenschaft befindet. Dieselben sind jedoch gehalten, die Jagd durch Verpachtung oder Administration unter Beachtung der im §. 2 gegebenen Vorschriften zu nutzen.

Die Trennung, welche Gräben, Wege, Gewässer und Feldmarksgrenzen bilden, werden als eine Unterbrechung des Zusammenhanges nicht angesehen.

Auch soll demjenigen Eigenthümer eines Grundbesitzes, welcher unmittelbar daran grenzende Grundstücke im Auslande besitzt, letztere mit in Rechnung zu bringen, insoweit und so lange gestattet sein, als er auf diesen zur

Ausübung der Jagd berechtigt ist und selbige auch wirklich ausübt.

Die dem Cammergute und dem Klostergute angehörigen Grundstücke werden als das Besizthum eines Grundeigenthümers behandelt.

§. 2.

Die übrigen zur selbstständigen Ausübung der Jagd nach den Bestimmungen des §. 1 nicht berechtigten Grundbesitzer dürfen ihr Jagdrecht nur gemeinschaftlich durch Verpachtung oder Administration benutzen und zwar ungetheilt in dem ganzen Gemeindebezirke oder der ganzen Gemarkung oder in Abtheilungen derselben, von denen keine unter 2000 Feldmorgen im Zusammenhange groß sein darf.

Jedoch sind Vereinbarungen über den zeitweiligen Austausch der Jagdnußung auf einzelnen Theilen eines Gemeindebezirks oder einer Gemarkung mit den Interessenten benachbarter Gemeindebezirke oder Gemarkungen oder den Besizern selbstständiger Jagdbezirke zur besseren Abrundung der Jagdgrenzen nicht ausgeschlossen. Solche Vereinbarungen dürfen nicht auf eine längere Zeit als 12 Jahre verabredet werden.

Die Feldmarken der einzelnen Weichbilds-Interessenschaften der Stadt Braunschweig, welche über 300 Feldmorgen enthalten, sollen, wie bisher, als besondere Jagdbezirke betrachtet werden.

§. 3.

Insofern aber

- 1) Gemeindebezirke oder Gemarkungen an sich oder nach Abrechnung der innerhalb ihrer Grenzen befindlichen selbstständigen Jagdbezirke (§. 1) oder

- 2) einzelne Grundstücke, welche von dem Gemeindebezirke oder der Gemarkung, zu denen sie gehören, durch zwischenliegende Jagdbezirke (§. 1 und 2) getrennt sind,

eine zusammenhängende Fläche von 300 Feldmorgen nicht einnehmen, so kann auf ihnen ein selbstständiges Jagdrecht unter Beachtung der in §. 2 gegebenen Vorschriften nur dann ausgeübt werden, wenn nicht die Eigenthümer oder Interessenten der sie umschließenden oder begrenzenden Jagdbezirke gegen eine für die Jagdnußung zu zahlende Entschädigung und gegen die Uebernahme des Ersatzes alles durch Schwarz-, Roth- oder Dammwild etwa entstehenden Schadens die Ausübung der Jagd zu übernehmen bereit sind.

Die solchenfalls zu zahlende Entschädigung für die Jagdnußung wird beim Mangel gütlicher Vereinbarung durch einen von der Herzoglichen Kreis-Direction zu erwählenden Sachverständigen festgestellt.

Werden die unter 1 und 2 erwähnten Grundstücke von verschiedenen Jagdbezirken begrenzt und sind die Eigenthümer oder Interessenten von mehr als einem dieser Jagdbezirke bereit, unter den obigen Bedingungen die Jagdausübung zu übernehmen, so steht den Interessenten der Grundstücke unter 1 und 2 die Wahl frei, welchem der benachbarten Jagdberechtigten sie die Jagdausübung überlassen wollen. Machen sie von dem Wahlrechte binnen einer ihnen zu setzenden Frist keinen Gebrauch, so hat die Herzogliche Kreis-Direction dasselbe für sie auszuüben.

Die Vereinbarung wegen Uebertragung der Jagdnußung und der dafür zu zahlenden Entschädigung muß jeweilig auf einen bestimmten Zeitraum von mindestens einem Jahre und höchstens sechs Jahren abgeschlossen

werden und hat die Herzogliche Kreis-Direction erforderlichen Falls über diese Zeitdauer zu entscheiden.

§. 4.

Bei der Verpachtung eines Jagdbezirks (§. 1 und 2) dessen Umfang 2000 Feldmorgen nicht übersteigt, darf nur ein Pächter zugelassen werden und die Administration darf nur einer hierzu besonders angestellten und von der Herzoglichen Kreis-Direction nach vorgängiger Communication mit der Oberforstbehörde, als qualificirt anerkannten Person übertragen werden.

Bei größeren Jagdbezirken sind zwei und bei Jagdbezirken über 4000 Morgen drei Pächter oder Administratoren zulässig. Wer das Jagdrecht selbstständig (§. 1) oder als Pächter oder Administrator ausübt, ist wegen aller durch Mißbräuche bei Ausübung der Jagd verursachten Beschädigungen an Früchten dem Beschädigten verantwortlich.

Mehrere Pächter oder Administratoren haften hierfür solidarisch.

Alle den Bestimmungen der §§. 2, 3 und 4 dieses Gesetzes entgegenstehenden Verträge sind nichtig.

Asterverpachtungen sind nur unter ausdrücklicher Zustimmung der Verpächter zulässig.

§. 5.

Zur Fassung rechtsverbindlicher Beschlüsse über die Ausübung und Verwerthung des Jagdrechtes in Betreff

des einer Interessentschaft zugehörigen, zur selbstständigen Jagdnutzung geeigneten ungetheilten Grundbesitzes (§. 1),

eines Gemeindebezirks oder einer Gemarkung (§§. 2 und 3 Nr. 1 oder

vereinzelter, unter sich jedoch im Zusammenhange liegender Grundstücke

gehört, daß

- 1) sämtliche betheiligte Grundbesitzer vorgeladen werden, und daß
- 2) die Mehrzahl der Erschienenen, die Stimmen nach der Größe des Grundbesitzes berechnet, Beschluß faßt.

Die Vorladung, welche den einzelnen Betheiligten nicht speciell insinuirt zu werden braucht, geschieht

durch die Gemeindebehörde und zwar auf ortsübliche Weise, wenn es sich um Grundstücke handelt, die einem Gemeindebezirke angehören,

durch die Kreis-Direction aber, wenn der Beschluß sich auf Grundstücke beziehen soll, welche zu einer Gemarkung gehören.

§. 6.

An dem Ertrage der Jagd nimmt jeder Grundbesitzer nach der Größe seines Grundbesitzes und bei ungetheilten Flächen nach seinem Nutzungsrechte Theil.

§. 7.

Es darf Niemand jagen oder mit einem jagdfertigen Gewehre in einem Jagdreviere vom Wege ab erscheinen, der nicht einen Jagdschein für sich gelöst hat und bei sich führt. (Vergleiche übrigens §§. 19, 20 und 33 des Jagdstrafgesetzes vom 20. August 1849.)

Für jeden Jagdschein, welcher auf die Person lautet und auf ein Jahr (vom 24. Juni bis 24. Juni) und

für das Herzogthum gilt, sind drei Thaler zu entrichten, welche in die Amtsbarmencasse oder in die städtische Armenencasse des Wohnorts des Einzahlers fließen.

Die von Ausländern für gelösete Jagdscheine einzuzahlenden Gelder fließen in die Amtsbarmencasse desjenigen Kreises, in welchem dieselben gelöset werden. Die Vertheilung dieser Gelder unter die Amtsbarmencassen ihres Kreises bleibt der Herzoglichen Kreis-Direction überlassen.

Unsere Herzoglichen Forst- und Jagd-Beamten, vom Ober-Forst- und Jagd-Beamten abwärts, den Revierjägern und beeidigten Forstlehrlingen werden die Jagdscheine unentgeltlich verabreicht.

Auch sollen die Privatförster, sowie die Pächter oder Administratoren von Privat- oder Interessenten-Jagden, imgleichen die nach §. 1 zur selbstständigen Jagdausübung berechtigten Grundeigenthümer, sofern sie nicht ihre Jagd verpachtet oder für dieselbe einen besondern Administrator bestellt haben, einen für die Ausübung der Jagd auf ihren Jagdrevieren berechtigenden Jagdschein unentgeltlich erhalten.

§. 8.

Die Jagdscheine — nach gedruckten, gleichmäßig zu bestimmenden Formularen — stellen Unsere Herzoglichen Kreis-Directionen gegen Empfangnahme der vorgedachten Gebühr aus. Sie werden denjenigen versagt, resp. wieder abgenommen, welchen aus Rücksicht der öffentlichen Sicherheit der freie Gebrauch des Schießgewehrs und die Ausübung der Jagd nach dem Ermessen der Herzoglichen Kreis-Direction nicht gestattet werden kann. Wer vom

Bege ab mit einem jagdfertigen Gewehre in einem Jagdreviere betroffen wird und einen Jagdschein für sich nicht gelöst hat, bezahlt außer der nach dem Jagdstrafgesetze ihn etwa sonst treffenden Strafen, 5 \mathfrak{R} Strafe und in jedem Wiederholungsfalle innerhalb der nächsten 5 Jahre das Doppelte. Wer jedoch einen Jagdschein zwar für sich gelöst hat, aber nicht bei sich führt oder auf Erfordern nicht vorzeigt, entrichtet 1 \mathfrak{R} Strafe.

Das Polizeimilitair, so wie Unsere Herzoglichen Forst- und Jagd-Beamten in den Herzoglichen Forst- und Jagdrevieren und in den ihrer Obhut anvertrauten Forstrevieren und die Privat-Forstbeamten innerhalb des ihrer Obhut anvertrauten Forst- und Jagdbezirks sind zur Controle hierüber verpflichtet.

§. 9.

An Sonn- und Festtagen ist bei Vermeidung einer Strafe von 10 \mathfrak{R} und event. entsprechender Gefängnißstrafe für jeden Schützen die Ausübung der Jagd, mit Ausnahme des Anstandes vor und des Weidewerkens in dem Holze, welches auch an solchen Tagen von 5 Uhr Abends an gestattet ist, verboten.

§. 10.

Die im §. 2 des Gesetzes *N* 29 vom 16. August 1849 Unseren Herzoglichen Forst- und Jagd-Beamten auferlegte Verpflichtung innerhalb der Grenzen ihrer Jagdreviere den Jagdschuß auszuüben — wird dahin erweitert, daß sie verpflichtet sind

- 1) den Jagdschuß, insoweit ihnen solcher von ihrer vorgesetzten Behörden übertragen wird, nicht nur in

allen herrschaftlichen Forst- und Jagdrevieren, sondern auch in den ihrer Obhut anvertrauten Gemeinde- und Privat-Forstbezirken auszuüben;

- 2) die außerhalb dieser Jagd- und Forstbezirke bemerkten Wildddiebereien und Jagdcontraventionen behuf Veranlassung der Untersuchung und Bestrafung derselben zur Anzeige zu bringen.

§. 11.

Wie innerhalb der Hägezeit, welche für Rehwild vom 13. Februar bis 24. Juni und für Hasen, Rebhühner und Fasanen vom 13. Februar bis 4. September dauert, das Jagen nach diesen Wildarten verboten und mit Strafe belegt ist, (§. 34 des Jagdstrafgesetzes vom 20. August 1849) so soll auch derjenige, welcher nach dem 20. Februar innerhalb der vorgedachten Hägezeit dergleichen Wild tödtet, verkauft, ankauft oder besitzt, der Confiscation des Wildes und einer Strafe von 10 \mathfrak{g} für ein Stück Rehwild, von 5 \mathfrak{g} für einen Fasan und von 3 \mathfrak{g} für einen Hasen oder Rebhuhn — außer den, wegen begangener Wildddieberei ihn etwa treffenden Strafen — unterliegen.

§. 12.

Die nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu erkennenden Geldstrafen sind Polizeistrafen und werden im Falle des Unvermögens in Gefängnißstrafen verwandelt (cf. Gesetz vom 19. März 1850 \mathfrak{N} 16).

§. 13.

Die Ausübung der durch §. 17 des Gesetzes \mathfrak{N} 39 vom 8. September 1848 den Grundeigenthümern beige-

legten Rechte ist durch die Lösung von Jagdscheinen nicht bedingt.

§. 14.

Insofern in Folge dieses Gesetzes Grundstücke, welche bisher einen selbstständigen Jagdbezirk bildeten, diese Eigenschaft verlieren, soll der über die Jagdnutzung auf solchen Bezirken errichtete Pachtcontract, vom 4. September d. J. an gerechnet als aufgehoben angesehen werden.

Etwaige Forderungen wegen rückständiger oder im Voraus geleisteter Zahlungen werden hierdurch nicht berührt.

Insofern aber in Folge dieses Gesetzes die Grenzen eines Jagdbezirks Aenderungen erleiden, müssen sich sowohl der Pächter als der Verpächter diese Aenderungen und die dadurch bedingte, lediglich nach der Fläche des Ab- oder Zuges zu berechnende Erhöhung oder Verringerung des Pachtgeldes gefallen lassen. Wenn jedoch die Aenderungen den größten Theil des Pachtobjectes umfassen, so sind die Pächter befugt, von dem Pachtcontracte zurückzutreten, insofern sie binnen 6 Wochen von der Publication dieses Gesetzes angerechnet, von diesem Kündigungsrechte Gebrauch machen.

Ist ein Jagdbezirk an eine größere Zahl von Pächtern verpachtet als nach §. 4 ferner zulässig ist, so sind die Pächter gehalten, aus ihrer Mitte unter Berücksichtigung der Bestimmungen in §. 4 die eine oder die mehreren Personen zu bezeichnen, auf welche das Pachtrecht übergehen soll. Können die Pächter sich dieserhalb nicht einigen, so wird der Pachtcontract, als vom 4. September d. J. an aufgehoben, angesehen.

§. 15.

Die §§. 18 und 20 des Gesetzes *Nr* 39 vom 8. September 1848 werden hierdurch aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 16. April 1852.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz. von Geyso. Rängerfeldt.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 16.

Braunschweig, den 28. März 1854.

Bekanntmachung der über die Prüfung der Bewerber um
Forstdienststellen neu ertheilten Instruction.
d. d. Braunschweig, den 12. März 1854.

Da für zweckmäßig befunden ist, die Instruction für
die Herzogliche Forst-Examinations-Commission vom 10.
August 1843 (Gesetzsammlung vom Jahre 1843 N^o 22)
aufzuheben, und über die Prüfung der Bewerber
um Forstdienststellen die anliegende neue Instruc-
tion zu erlassen, so wird solche zur Nachachtung hier-
durch bekannt gemacht.

Braunschweig, am 12. März 1854.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches
Staats-Ministerium.

v. Geyso.

Instruction

über

die Prüfung der Bewerber um Forst- beamten-Stellen.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Die Prüfung der Bewerber um Forstbeamten-Stellen geschieht durch Herzogl. Forstexaminations-Commission, deren Mitglieder vom Herzogl. Staats-Ministerio ernannt werden.

Ausländer können nur mit Höchster Genehmigung zur Prüfung zugelassen werden.

§. 2.

Herzogliche Forstexaminations-Commission ist der Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, untergeordnet.

Den Vorsitz in derselben führt ein der Commission beigeordnetes Mitglied der Herzogl. Cammer, Direction der Forsten.

Sie betreibt ihre Geschäfte collegialisch, die Beschlüsse werden nach der Mehrheit der Stimmen gefasst, und bei Stimmengleichheit entscheidet die des Vorsitzenden.

§. 3.

Die Prüfungen bestehen:

- 1) in einer Vorprüfung für diejenigen, welche bei einem, mit der Erlaubniß zur Aufnahme von Forstlehrlingen versehenen Herzoglichen Forstbeamten ihre praktische Vorbildung im Forstwesen sich zu verschaffen suchen;
- 2) in einer Anstellungsprüfung für diejenigen, welche als Forst-Candidaten Anstellung im Forstdienste suchen; und endlich
- 3) in einer Beförderungs-Prüfung für diejenigen, welche auf Forstbetriebs-Beamten-Stellen befördert zu werden wünschen.

§. 4.

Herzogl. Forstexaminations-Commission hat im Monate Januar jedes Jahrs eine öffentliche Aufforderung zur Meldung für die in dem Jahre abzuhaltenden Forstexamina durch die Braunschweigischen Anzeigen zu erlassen.

Die Prüfung findet nur in dem Zeitraume von Ostern bis Michaelis statt. In der Regel, wenn nämlich die Zahl der Examinanden 10 nicht übersteigt, wird nur ein Termin abgehalten. Im mündlichen Examen, sowohl im Walde wie im Zimmer, sind nicht mehr als fünf Examinanden zusammen an einem Tage zu prüfen.

§. 5.

Die Vorprüfung oder das Lehrlingsexamen soll die Commission durch die in Braunschweig anwesenden Mitglieder ausführen zu lassen ermächtigt, übrigens aber gehalten sein, innerhalb vier Wochen nach der Anmeldung, das Examen mit den Angemeldeten vorzunehmen.

Besondere Bestimmungen.

I. Vorprüfung.

§. 6.

Die zur Vorprüfung sich meldenden jungen Leute müssen das 16te Lebensjahr zurückgelegt und einen gesunden und kräftigen Körper haben.

Die Anmeldung soll geschehen in einem schriftlichen Gesuche um Zulassung zur Prüfung bei Herzogl. Forst-Examinations-Commission, welches zugleich

eine kurze, ohne fremde Beihülfe verfasste Darstellung über den Stand und Wohnort des Vaters, ob derselbe noch lebt, oder ob, wo und wann er verstorben ist, ferner über die Art, Dauer und den Umfang der erhaltenen schulwissenschaftlichen Ausbildung enthält, und

welchem

- a. der Geburtschein,
- b. die ärztliche Bescheinigung eines nicht allein gesunden, sondern auch kräftigen, Ausdauer versprechenden Körpers, sowie
- c. die Zeugnisse der zuletzt besuchten Unterrichts-Anstalten,

beizufügen sind.

§. 7.

Die Vorprüfung, (das Lehrlings-Examen) ist auf die zur Erlernung der Forstwissenschaft erforderlichen schulwissenschaftlichen Kenntnisse, jedenfalls aber auf folgende Gegenstände zu erstrecken:

- a. deutliche Handschrift,
- b. die Fähigkeit schriftlicher Darstellung ohne erhebliche orthographische Fehler, und mit angemessener Gewandtheit im Ausdrucke;
- c. die Fertigkeit im gewöhnlichen Rechnen. Dahin

gehören mindestens die vier Species in benannten und unbenannten Zahlen, sowie in Brüchen und die Regel de tri;

- d. die Anfangsgründe der Naturlehre und der Naturgeschichte.

Lassen die beigebrachten Schulzeugnisse keinen Zweifel darüber, daß der angehende Forstbesessene im vollständigen Besitze der vorstehend als erforderlich bezeichneten schulwissenschaftlichen Kenntnisse und der nöthigen allgemeinen Vorbildung sei; so ist Herzogl. Forstexaminations-Commission ermächtigt, die Vorprüfung auf Grund der Schulzeugnisse zu erlassen und die Erlaubniß zum Eintritte in die Lehre zu erteilen.

II. Anstellungs-Prüfung.

§. 8.

Die Zulassung zur Anstellungs-Prüfung ist von folgenden Bedingungen abhängig:

- a. daß der Forst-Candidat das 20. Lebensjahr zurückgelegt hat; und
- b. wenn er eine Forstlehranstalt oder Universität besuchte, zwei Jahre, und wenn er dergleichen höhere Lehranstalten nicht besuchte, drei Jahre bei einem, zur Unterweisung von Forstzöglingen befugten inländischen Forstbeamten zur Erlernung des Forstwesens sich aufgehalten hat. Dabei ist es nur nöthig, daß je ein Lehrjahr bei einem und demselben Forstbeamten zugebracht ist.

Ausnahmsweise kann jedoch Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, einem Forstbesessenen auf schriftliches Ansuchen gestatten, von den Lehrjahren eins zu seiner praktischen Vorbildung bei einem ausländischen, als tüchtig und befähigt bekannten Forstbeamten zuzubringen.

Imgleichen ist Herzogliche Cammer, Direction der

Forsten, ermächtigt, denjenigen Forstbesessenen ein halbes bis ein Jahr an der Lehrzeit unter Umständen, ausnahmsweise zu erlassen, welche genügende Zeugnisse über ihr bisheriges Wohlverhalten und über eine erfolgreiche Benutzung des praktischen Lehrcursus beibringen.

c. daß die Anmeldung zum Examen nicht später, als zwei Jahre nach vollendeten academischen Studien oder nach bestandener Lehrzeit erfolgt;

d. daß der Forstbesessene seiner Anmeldung ein vollständiges Zeugniß (Lehrbrief) derjenigen Forstbeamten, bei denen er seine Unterweisung im Forstwesen empfing, beifüge, worin Auskunft über die Dauer der Lehrzeit, das sittliche Betragen, den bewiesenen Fleiß und Eifer, sowie über die Erfolge der Bestrebungen des Forstcandidaten enthalten sein und welchen auch ein Zeugniß des dem Lehrherrn vorgesetzten Oberforstbeamten angehängt sein muß.

Hat der Candidat eine Forstlehranstalt oder eine Universität besucht, so ist er verpflichtet, die beim Abgange von diesen Bildungsanstalten erhaltenen Zeugnisse mit seiner Anmeldung zum Examen bei der Herzogl. Forstexaminations-Commission gleichfalls einzureichen.

Die Aufnahme auf die Forstlehranstalt des Herzogl. Collegii Carolini erfolgt nach den darüber höchsten Orts erlassenen resp. künftig ergehenden reglementarischen Bestimmungen.

Besuchte ein Forstbesessener aber ausländische Forstlehranstalten oder Universitäten zu seiner höheren Ausbildung, so hat er behuf Zulassung zum Anstellungs-Examen außer den Abgangserzeugnissen auch noch genügende Zeugnisse über die dazu erworbene nöthige Schulbildung beizubringen und zu solchem Ende nachzuweisen, auf einem Gymnasio die Prima besucht zu haben, wenigstens aus Secunda mit der Reise für Prima abgegangen zu sein

oder die Kurse (das Pensum) der ersten Classe einer höheren Realschule mit gutem Erfolge vollständig zurückgelegt zu haben.

Werden die im Vorstehenden genannten Zeugnisse von Herzoglicher Forstexaminations-Commission nicht für genügend erachtet, so hat Dieselbe in zweifelhaften Fällen, unter Einreichung der Zeugnisse, die Entscheidung der Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, einzuholen, in unzweifelhaften Fällen aber, sowie bei Ueberschreitung der unter c. für die Anmeldung zum Examen festgesetzten Frist, die betreffenden Forstcandidaten unter Anführung der Gründe vom Examen zurückzuweisen.

§. 9.

Die Anstellungsprüfung zerfällt in zwei Abtheilungen und zwar:

- 1) in eine Prüfung für die Bewerber um Stellen im Forstschutzdienste (Unterförster-Examen) und
- 2) in eine Prüfung für die Bewerber um Forstbetriebsbeamten-Stellen.

§. 10.

Die Prüfung für die Bewerber um Stellen im Forstschutzdienste, deren Bestehen nur zur Erlangung der Schutz- und Gehülfsdienststellen befähigt, soll sich erstrecken:

- a. auf die Fähigkeit schriftlicher Darstellung einfacher Gegenstände im verständlichen, geordneten Vortrage, ohne erhebliche orthographische Fehler;
- b. auf die Fertigkeit in allen bürgerlichen Rechnungsarten mit unbenannten, benannten und gebrochenen Zahlen;
- c. auf den Hauungs- und Culturbetrieb im allgemeinen und auf die Regeln der Ausführung insbesondere;

- d. auf das Forstbußwesen, soweit es den Schutzdienst angeht, und auf das in Forststrassachen zu beobachtende Verfahren;
- e. auf den Geschäftsverkehr mit den Vorgesetzten, mit den Waldarbeitern und mit dem Publikum.

§. 11.

Die Prüfung für die Bewerber um Forstbetriebsbeamten-Stellen soll folgende Gegenstände umfassen:

- a. die Lehren und Grundsätze des Waldbaues oder der Holzzucht und des Holzanbaues im ganzen Umfange, sowohl von praktischer, als von wissenschaftlicher Seite;
- b. die Lehren und Grundsätze der Forstbetriebseinrichtung und Forsttaxation;
- c. Waldwerthberechnung;
- d. Forstbenutzung (Forsttechnologie);
- e. Naturgeschichte der in Deutschland einheimischen Forstgewächse und der acclimatisirten Holzarten, sowie das forstliche Verhalten der Forstculturpflanzen. (Allgemeine und specielle Forstbotanik.);
- f. Forstschutz;
- g. Naturgeschichte der den Forsten schädlichen und nützlichen Thiere und der gewöhnlichen deutschen Jagdthiere;
- h. Grundlehren der Physik und Chemie, soweit sie zum Verständnisse der im Gebiete des Forsthaushalts vorkommenden Erscheinungen nöthig sind;
- i. Gebirgs- und Bodenkunde in ihrer Anwendung auf die Forstwirthschaft, sammt allgemeinen Begriffen über Geologie;
- k. Lehre vom Klima in forstwirthschaftlicher Beziehung;

1. die niederen mathematischen Wissenschaften und ihre Anwendung, namentlich:

Arithmetik einschließlich der Lehre von den Potenzial- und Wurzel-Größen, sowie der Logarithmenrechnung, und ferner die Gleichungen ersten und zweiten Grades,

Planimetrie,

Stereometrie,

die wichtigsten Lehren der ebenen Trigonometrie, und

das Feldmessen.

III. Beförderungs-Prüfung.

§. 12.

Die Beförderungsprüfung, worin die Befähigung zu einer Revierverwaltung nachzuweisen ist, können alle diejenigen Forstbeamten der unteren Dienstgrade (Forstgehülfen, Unter- und Gehülfesförster) beantragen und sind dazu zuzulassen, welche das im vorhergehenden §. 11 normirte Anstellungsexamen für die Bewerber um Forstbetriebsbeamtenstellen gut bestanden und mindestens den Censurgrad IIb erhalten haben und zwei Jahre im Staatsdienste angestellt sind.

Einem Forstschußbeamten, welcher sich für den Forstbetriebsbeamten-Dienst befähigt glaubt, gleichwohl erst das Unterförster-Examen (§. 10) abgelegt hat, bleibt es freigestellt, nachträglich noch auf das für die Bewerber um Forstbetriebsbeamten-Stellen im §. 11 vorgeschriebene Anstellungsexamen anzutragen, um nach dessen Bestehen sich zur Beförderungsprüfung melden zu können.

§. 13.

Die Beförderungsprüfung, in welcher die für den practischen Dienst eines Revierverwalters erforderlichen

Kenntnisse und Fähigkeiten darzuthun sind, soll folgende Gegenstände begreifen:

- a. Waldbau im ganzen Umfange mit wissenschaftlicher und erfahrungsmäßiger Begründung der für gegebene Zustände anzuordnenden Betriebsoperationen, sowie Wahl, Anbau und Behandlung der verschiedenen Holzarten;
- b. Forstbetriebs Einrichtung und Taxation unter besonderer Berücksichtigung der im Herzogthume zur Anwendung gekommenen Einrichtungsmethoden und Schätzungsverfahren;
- c. Lösung praktischer Aufgaben aus der Waldwerthberechnung;
- d. Forstbenutzung mit besonderer Rücksicht auf die in den Forsten des Herzogthums vorkommende Gewerbsthätigkeit;
- e. Forstschutz unter Ausführung der Gründe für die anzuwendenden Forstschutzmaßregeln hinsichtlich der den Forsten durch Menschen, Thiere und Naturerscheinungen drohenden Gefahren und Forstpolizei unter Darlegung der Kenntniß von den wesentlichsten Bestimmungen und Vorschriften der bestehenden vaterländischen Forststrafgesetzgebung;
- f. Erörterung der bei der Forstwirthschaft zu beachtenden und zu berücksichtigenden physicalischen Erscheinungen und Geseze;
- g. Bodenkunde und Lehre vom Klima in Beziehung auf Holzart, Betriebsart und forstwirthschaftliche Maßregeln;
- h. Lösung von arithmetischen, algebraischen, geometrischen und stereometrischen Aufgaben, welche beim Forsthaushalte vorkommen können;
- i. Geseze, Verordnungen und Instructionen, welche die Pflichten und Rechte der Forstbeamten als Staats-

diener feststellen, welche die Ressortverhältnisse der einzelnen Dienstgrade des Forstpersonals und welche endlich den Geschäftsgang und das Forstrechnungs- und Cassenwesen ordnen.

IV. Verfahren bei den Forstprüfungen.

§. 14.

Den Examinanden, sowohl denjenigen, welche sich zu dem im §. 11 bezeichneten Anstellungsexamen, als denjenigen, welche sich zum Beförderungsexamen (§§. 12 und 13) gemeldet haben, sind acht Wochen vor ihrer Prüfung Aufgaben zu Probearbeiten zu geben und zwar:

den Ersteren:

a. Messung und Zeichnung eines 200 bis 500 Morgen großen Forstterrains mit unregelmäßigen Grenzen und Nivellement eines Gefälles nebst Nivellementstriß. Die Messung soll mittelst eines Meßinstrumentes, (nicht bloß mit Kette und Stäben) ausgeführt, auch das Vermessungsmanual und Brouillon mit eingereicht werden:

b. Ausarbeitung über wenigstens einen forstwissenschaftlichen Gegenstand:

den Letzteren:

Ausarbeitung über wenigstens einen forstwirthschaftlichen Gegenstand.

Diesen Arbeiten ist vom Verfasser die Erklärung an Eidesstatt beizufügen, daß er solche ganz allein ohne fremden Beistand mit Ausnahme literarischer Hülfsmittel, angefertigt habe.

§. 15.

Findet die Commission jene Arbeiten genügend, so hat sie die Examinanden unter Bestimmung von Ort und Zeit zur Prüfung vorzuladen.

§. 16.

Diejenigen, welche sich zum Examen gemeldet haben und dazu vorgeladen, dennoch aber dazu nicht erschienen sind, können zwar, falls sie erhebliche Behinderungsgründe bescheinigen, zu der nächsten Prüfung sich wieder melden, geschieht dieses aber nicht oder bleiben sie abermals entschuldigt zurück; so hat die Commission sie überhaupt zu einer Prüfung nicht weiter zuzulassen.

§. 17.

Die Anstellungs- und Beförderungsprüfungen sollen theils in schriftlicher Bearbeitung von Aufgaben, theils in mündlicher Beantwortung vorgelegter Fragen bestehen.

Der mündlichen Prüfung sind mindestens zwei bis drei Tage und davon jedenfalls einer im Walde zu widmen. Bei derselben, sowohl im Zimmer als im Walde, sind den Examinanden Mineralien, Pflanzen und Insecten zur Bestimmung vorzulegen.

Auf das schriftliche Examen, welches zur Ausarbeitung von geeigneten Aufgaben aus der Fachwissenschaft und den Hülfswissenschaften in der Clausur bestimmt ist, sind wenigstens zwei bis drei Tage zu verwenden.

Die zur schriftlichen Bearbeitung bestimmten Aufgaben hat die Commission vor der Prüfung zu entwerfen, bis zum Gebrauche geheim zu halten und den einzelnen Examinanden in gleicher Reihenfolge nach einander vorzulegen.

Hat die Mehrzahl der Candidaten die Bearbeitung einer Aufgabe vollendet und ist überhaupt eine dazu genügende Zeit verstrichen, so wird die darauf folgende Aufgabe aufgegeben.

Es ist von dem bei der schriftlichen Prüfung gegenwärtigen Commissionsmitgliede Vorsorge zu treffen, daß

dabei weder literarische Hilfsmittel (außer logarithmischen Tafeln), noch Beihülfe durch Anwesende mißbräuchlich benutzt werden, noch die Examinanden sich unter einander besprechen oder sich deren einer vor Vollendung der Bearbeitung einer gegebenen Aufgabe aus dem Zimmer entferne.

Ist die Arbeitszeit von dem anwesenden Commissionsmitgliede als beendet bezeichnet, so hat jeder Candidat seine Arbeit, auch wenn dieselbe unvollendet sein sollte, mit dem Datum und seiner Namensunterschrift versehen, dem Commissionsmitgliede einzuhandigen.

§. 18.

Ueber das mündliche Examen hat ein Commissionsmitglied oder ein Secretair ein Protocoll zu führen, in welchem insbesondere der Gang und Verlauf des Examens und zu dem Ende der wesentliche Inhalt der Fragen, und so viel als thunlich der beachtenswertheften Antworten aufzuzeichnen ist. Nach der Entlassung der Examinanden hat die Commission an jedem Tage sofort über die Qualität der Beantwortungen eines jeden Examinanden zu deliberiren und Beschluß zu fassen und das Urtheil festzustellen: ob und in welchem Maße jeder Examinand den Anforderungen durch positive Kenntnisse, Beobachtungsgabe und Geistesfähigkeiten genügt habe. Hierüber ist ganz ausführlicher und vollständiger Nachweis in das Protocoll aufzunehmen.

Censur = Beschluß und Ausfertigung.

§. 19.

Herzogl. Forstexaminations-Commission ist verpflichtet, nach jedem beendigten Forstexamen so lange versammelt zu bleiben, als zum Censiren der Examinationsarbeiten und zur Beschlußfassung und Ausfertigung der Cen-

suren nöthig ist, und hat diese den Examinanden innerhalb der nächstfolgenden vierzehn Tage zuzustellen.

§. 20.

Ein jedes Commissionsmitglied hat ein motivirtes Gutachten über das einem jeden Examinanden auszustellende Zeugniß zu den Acten zu geben, worauf dann die Zeugnisse von der Examinations-Commission beschloffen, festgestellt und unter der Unterschrift sämmtlicher Mitglieder ausgefertigt werden.

Nach dem Umfange der bewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten sind die Zeugnisse, wie folgt auszustellen:

I. Grad mit dem Prädicate:

»ausgezeichnet bestanden,«

II. Grad mit dem Prädicate:

»sehr gut« (IIa);

»gut« (IIb).

III. Grad mit dem Prädicate

»mittelmäßig« (IIIa);

»kaum mittelmäßig« (IIIb).

Neben diesen Censurgraden sind die auszustellenden Zeugnisse zu motiviren, indem in denselben bei den einzelnen Disciplinen und Gegenständen der Prüfung kurz anzugeben ist, in welchem Umfange Examinand Kenntnisse und Gewandheit dargelegt habe.

§. 21.

Den nicht bestanden Examinirten ist zu eröffnen, daß ihnen kein Zeugniß ausgestellt werden könne, ihnen jedoch gestattet sei, sich vor dem Ablaufe von zwei Jahren zu einer nochmaligen Prüfung zu melden.

Wenn dieselben bei dieser abermaligen Prüfung wiederum nicht bestehen, so sind sie gänzlich zurückzuweisen.

§. 22.

Die Commission hat den Ausfall der Prüfungen Herzoglicher Cammer, Direction der Forsten, in tabellari-

scher Form ausführlich anzuzeigen und bei jedem Examinirten genau anzumerken, in welchen Gegenständen sich derselbe besonders hervorgethan oder schwach bewiesen habe und ob die Aufgaben von ihm rasch oder mit verhältnißmäßig großem Zeitaufwande gelöst sind.

§. 23.

Transitorische Bestimmung.

Alle diejenigen Forstbeamten der unteren Dienstgrade und die Forst-Candidaten, welche schon früher das Anstellungs-Examen abgelegt und die Censur II b »gut bestanden«, im schwereren Anstellungs-Examen, oder im früheren leichteren Examen die relative Censur »gut bestanden« nach dem Maasstabe des schwereren Examens erhalten haben, sind zu der Beförderungsprüfung (§§. 12 und 13) zuzulassen.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 15.

Braunschweig, den 30. März 1861.

Gesetz, die Bestrafung der von Kindern unter 14 Jahren verübten Forstfrevel betreffend.

d. d. Braunschweig, den 16. März 1861.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Da die im Forststrafgesetze N^o 34 vom 26. Juli 1837 für Kinder unter 14 Jahren festgesetzten Strafen nach den bisherigen Erfahrungen ihren Zweck nicht erfüllen und mit den Vorschriften der neueren Gesetze nicht im Einklange stehen, so erlassen Wir, mit Zustimmung der Landes-Versammlung, folgende gesetzliche Bestimmungen:

§. 1.

Eltern und, falls beide Eltern noch leben, der Vater, Vormünder und Pflegeeltern haften für Forstfrevel der bei ihnen wohnenden Kinder, Mündel und Pflegekinder unter 14 Jahren wegen der Strafe, des Werths- und Schadenersatzes, der Anmeldegebühr und Untersuchungskosten, wenn nicht von ihnen nachgewiesen werden kann, daß die Forstfrevel wider ihr Wissen und ihren Willen, sowie ohne ihre nachherige Genehmigung, begangen sind.

Ebenso haften die Eltern, Vormünder und Pflegeel-

tern auch für wiederholte Forstfrevel solcher Kinder und für deren Forstfrevel im Rückfalle (§. 26 und 27 des Forststrafgesetzes vom 26. Juli 1837), nachdem sie für Forstfrevel der gedachten Kinder, welche die Wiederholungs- und Rückfallsstrafe begründen, bestraft sind.

§. 2.

Haften nach §. 1 dieses Gesetzes Eltern, Vormünder oder Pflegeeltern, so bleiben die Kinder, Mündel oder Pflegekinder straffrei; sind aber Forstfrevel aus Muthwillen oder Bosheit von ihnen begangen, so haften zwar die vorgenannten Personen auch für derartige Frevel aus Muthwillen oder Bosheit, insofern und insoweit nicht erhellt, daß sie wider ihr Wissen und ihren Willen, so wie ohne ihre nachherige Genehmigung, begangen wurden; gleichwohl sollen aber daneben wegen solcher Frevel auch gegen die Kinder selbst die im §. 3 bemerkten polizeilichen Maßregeln stattfinden.

§. 3.

Wegen der Forstfrevel von Kindern unter 14 Jahren, für welche deren Eltern, Vormünder oder Pflegeeltern nicht haften, sind gegen die Kinder selbst, mögen sie dieselben aus eigenem Antriebe begangen haben, oder zugleich andere Personen, als Eltern, Vormünder oder Pflegeeltern der Kinder, als Anstifter zu strafen sein, nur polizeiliche Maßregeln, und zwar:

- 1) Verweis,
- 2) körperliche Züchtigung und
- 3) Einsperrung bis zu 4 Wochen,

nach Maßgabe des Gesetzes vom 10. Juli 1840 *N* 30, und §. 33 des Polizei-Strafgesetzbuchs vom 18. August 1855 und §. 1 des Gesetzes vom 20. März 1858 *N* 16, in Anwendung zu bringen. Bei den, nach dem

Forststrafgesetze, einer Geldbuße unterliegenden Forstfreveln ist jedoch diese Geldbuße zunächst im Erkenntnisse festzustellen und nur, wenn innerhalb der dreitägigen Vollstreckungsfrist (§. 185 der Strafprocessordnung) der verwirkte Geldbetrag der Strafe, des Werths- und Schadensersatzes weder freiwillig erlegt, noch die entsprechende Strafarbeit von andern, dazu Befähigten (§. 5, Absatz 3 des Forststrafgesetzes vom 26. Juli 1837) übernommen ist, zur Vollziehung der, eventuell, im Erkenntnisse zu bestimmenden polizeilichen Maßregel zu schreiten. Die Execution wird gegen Den vollstreckt, der den verwirkten Geldbetrag oder die Strafarbeit übernommen hat.

Eben dies gilt, wenn, nach §. 2, Strafen gegen Kinder, wegen böshafter oder muthwilliger Forstfrevel, zu erkennen sind, für welche neben denselben auch deren Eltern, Vormünder oder Pflegeeltern haften.

§. 4.

Die Vorschriften der §§. 6, 10 und 14 des Forststrafgesetzes vom 26. Juli 1837 werden, soweit sie die Bestrafung jugendlicher Frevel betreffen, hiemit aufgehoben.

§ 5.

In den Fällen des §. 1 dieses Gesetzes wird nach §. 74 fg. der Strafprocessordnung, in den Fällen der §§. 2 und 3 desselben nach §. 75 fg. der Strafprocessordnung verfahren.

§. 6.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden Anwendung auf die Forstfrevel, rüchichtlich deren bei dem Eintritte der Wirksamkeit desselben noch keine Anklage erhoben ist.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
Herzoglichen Geheime-Sanzlei-Siegels.

Braunschweig, den 16. März 1861.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Genso.

von Campe.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 26.

Braunschweig, den 24. Mai 1861.

Gesetz: die Ausübung der Forsthoheit und Forstaussicht
über Privatforsten betreffend.
d. d. Braunschweig, den 30. April 1861.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Wir erlassen zur Ausführung der Bestimmungen des Gesetzes vom 19. März 1850 N^o 10 §. 5 mit Zustimmung der Landes-Versammlung das nachstehende Gesetz:

Erster Abschnitt.

Die Ausübung der Forsthoheit über die Privatforsten betreffend.

§. 1.

Allgemeine Bestimmungen.

Die Forsthoheit über alle im Herzogthume belegenen Privatforsten, mithin über sämtliche weder dem Cammergute noch dem Klosterfonds zugehörige Forsten wird von dem Herzoglichen Staatsministerium ausgeübt. Es haben dabei jedoch die Herzoglichen Kreisdirectionen, sowie

die Herzogliche Cammer, Direction der Forsten, und die derselben untergebenen Forstbeamten, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen mitzuwirken.

§. 2.

Forstlagerbücher.

Zur nähern Bestimmung, welche Grundstücke zu den Privatforsten im Sinne des §. 1 zu rechnen sind, sollen für jeden Kreis Forstlagerbücher angelegt werden.

Die Anlage, Verwahrung und Fortführung dieser Forstlagerbücher liegt den Herzoglichen Kreis-Directionen ob.

§. 3.

Fortsetzung.

Die Herzogliche Cammer, Direction der Forsten, wird binnen 3 Monaten nach Publication dieses Gesetzes den einzelnen Kreisdirectionen ein Verzeichniß der in den betreffenden Kreisen belegenen Privatforsten, mit allgemeiner Bezeichnung der Lage, Größe und Begränzung, zugehen lassen. Die Herzoglichen Kreisdirectionen werden Auszüge aus diesem Verzeichniße den Privateigenthümern, resp. legitimirten Vertretern der einzelnen Forsten zur Erklärung binnen bestimmter Frist mittheilen. Geht binnen dieser Frist keine abweichende Erklärung ein, so erfolgt danach die Eintragung in das Forstlagerbuch.

Erfolgt dagegen eine abweichende Erklärung, so wird die Herzogliche Kreisdirection sich bestreben, die Differenz auszugleichen, eventuell aber eine provisorische Entscheidung abgeben.

Gegen diese Entscheidung steht sowohl dem Eigenthümer, als der Herzoglichen Cammer, Direction der Forsten, sowohl der Recurs an Herzogliches Staatsministerium, als die Betretung des ordentlichen Rechtsweges offen.

§. 4.

Fortsetzung.

Jede rechtsgültige Veränderung in den Forstgrundverhältnissen ist bei der betreffenden Herzoglichen Kreisdirection anzumelden und hat diese über die erfolgte Anmeldung und daß solche im Lagerbuche vermerkt worden, eine glaubhafte Bescheinigung sowohl dem betreffenden Forsteigenthümer, als der Herzoglichen Cammer, Direction der Forsten, zugehen zu lassen.

§. 5.

Fortsetzung.

Durch die Lagerbücher wird der Beweis der Forstgrundqualität, soweit die Ausübung von Forsthoheitsrechten in Frage steht, rücksichtlich der eingetragenen Grundstücke hergestellt.

§. 6.

Forstzerstörungen.

Forstrodungen, durch welche die Waldcultur aufgehoben wird, und solchen in ihren Wirkungen gleichkommende Abholzungen und Behandlungen des Forstgrundes unterliegen dem Verbotungsrechte der Forsthoheit und dürfen ohne Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums nicht vorgenommen werden, mit alleiniger Ausnahme derjenigen Holzausrodungen, welche in Folge von Gemeinheitstheilungen auf den Abfindungen der Weidberechtigten nach Vorschrift des §. 155 der neuen Gemeinheits-Theilungs-Ordnung vom 20 December 1834 stattfinden.

§. 7.

Verfahren behuf Erlangung der Erlaubniß zu Forstrodungen.

Die Anträge auf Ertheilung der Erlaubniß zu Forstrodungen sind bei der betreffenden Herzoglichen Kreisdirection einzubringen. Diese wird die Gründe des Antrags näher prüfen, darüber mit Herzoglicher Cammer, Direction der Forsten, verhandeln, den Umständen nach, sowie auf Verlangen des Antragstellers und auf dessen Kosten ein Gutachten der Herzoglichen Landesöconomiecommission einziehen, und alsdann den Antrag mit den Erklärungen dieser Behörden dem Herzoglichen Staatsministerium zur Entscheidung vorlegen.

Die Erlaubniß wird nicht versagt werden, wenn nur die Gerabelegung von Forst- und Ackergränzen, resp. Ausrodung vorspringender Winkel, beabsichtigt wird, oder aber die Ausrodung und anderweite Benutzung des Grund und Bodens in nationalöconomischer Rücksicht von überwiegendem Nutzen ist.

§. 8.

Verhinderung eigenmächtiger Forstzerstörung.

Gegen eigenmächtig unternommene Forstrodungen und ihnen gleichkommende Benutzungen hat der betreffende Forstbeamte einzuschreiten. Sollte eine Abmahnung des Eigenthümers nicht zum Ziele führen, so hat der Forstbeamte die zuständige Herzogliche Kreisdirection um Erlaß eines Inhibitoriums anzufragen. Diese hat den betreffenden Anträgen binnen möglichst kurzer Frist zu entsprechen, oder die Gründe, aus welchen sie solche ablehnen zu müssen glaubt, dem Forstbeamten mitzutheilen. Erklärt sich Herzogliche Cammer, Direction der Forsten, mit der Ableh-

nung des Antrages nicht einverstanden, so ist die Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums einzuholen.

§. 9.

Wiederaufbau eigenmächtig gerodeter Forstflächen.

Jeder Forstbesitzer ist verpflichtet, alle ohne Erlaubniß gerodeten oder abgeholzten Flächen, imgleichen den aus irgend einem Grunde vom Waldbuch entblöhten Forstgrund binnen einer nach vorgängiger Verhandlung mit Herzoglicher Cammer, Direction der Forsten, von der betreffenden Herzoglichen Kreisdirection festzusetzenden, den Umständen entsprechenden Frist mit Holz wieder anzubauen.

Würde Herzogliche Kreisdirection den Anträgen der Herzoglichen Cammer, Direction der Forsten, nicht stattgeben zu können glauben, so ist die Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums einzuholen.

Kommt der betreffende Forstbesitzer jener Verpflichtung nicht nach, so ist die Herzogliche Cammer, auf Ersuchen der betreffenden Herzoglichen Kreisdirection, befugt, die Cultur anzuordnen und ausführen zu lassen.

Diese Verpflichtung ruht auf dem Forstgrunde und können die dadurch veranlaßten Kosten von jedem Besitzer desselben eingezogen werden.

Die Einziehung geschieht auf Liquidation der Oberforstbeamten durch die betreffende Herzogliche Kreisdirection. —

§. 10.

Entscheidung streitiger Fragen.

Wird im Einzelfalle die Frage streitig, ob eine Forstrodung oder eine derselben gleichstehende widerrechtliche Forstbehandlung im Sinne des §. 6 vorliege, so hat darüber unter einstweiliger Aussetzung des eingeleiteten Pro-

genverfahrens das Herzogliche Staatsministerium endgiltig zu entscheiden.

Dasselbe wird vor Abgabe dieser Entscheidung auch die gutachtliche Aeußerung der Herzogliche Kreisdirection, sowie geeigneten Falls der Herzoglichen Landesöconomiecommission erfordern.

Die Entscheidung darüber, ob ein Grundstück die Forsteigenschaft habe, gebührt den Gerichten.

§. 11.

Revisionen in Privatforsten.

Die Herzogliche Cammer, Direction der Forsten, ist befugt, in den Privatwaldungen auf Staatskosten Untersuchungen über Waldpflege und Bewirthschaftung vornehmen zu lassen.

§. 12.

Auskunftsertheilung über den Umfang der Privatforsten.

Die Privatforstbesitzer sind gehalten, den Staatsforstbehörden auf Erfordern über Größe und Umfang ihrer Forsten Nachricht zu geben.

Zweiter Abschnitt.

Forstaufsicht über den Betrieb und die Benutzung der den juristischen Personen zugehörigen und der diesen gleichgestellten Forsten.

§. 13.

Allgemeine Bestimmungen.

In allen einer juristischen Person zugehörigen, mithin in den Gemeinde-, Interessenten-, Corporations- und

Stiftungsforsten, bezgleichen in allen Forsten, welche reell unter Einzelne getheilt, aber bisher unter Aufsicht der Staatsforstbehörden verwaltet sind, haben die Herzogliche Cammer, Direction der Forsten, und die derselben untergebenen Herzoglichen Forstbeamten bei der Aufsicht über den Betrieb und die Benutzung der Forsten nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen mitzuwirken.

§. 14.

Pflichten der Forstbehörde rücksichtlich der Bewirthschaftung.

Die Herzogliche Cammer, Direction der Forsten, und die ihr untergeordneten Forstbeamten sind verpflichtet, für die vortheilhafteste Bewirthschaftung und Cultur, sowie für die höchste nachhaltige Benutzung der nach §. 11 ihrer Aufsicht unterstellten Forsten, im Interesse des Forsteigenthümers und unter thunlichster Berücksichtigung der Wünsche desselben Sorge zu tragen.

Zu dem Ende haben sie für diese Forsten Wirthschaftspläne auszuarbeiten, die jährlichen und periodischen Hauungen und Forstnebennutzungen, sowie die nöthigen Culturen anzuordnen und zu überwachen.

§. 15.

Mitwirkung der Forsteigenthümer durch Vertreter.

Die Mitwirkung der Forsteigenthümer bei allen ihre Waldungen betreffenden Geschäften wird in Ansehung der Gemeinde-, Interessenten-, Corporations- und Stiftungsforsten, sowie der Forsten, welche reell unter Einzelne getheilt, aber bisher unter Aufsicht der Staatsforstbehörden verwaltet sind, durch die gesetzlich, stiftungs- oder observanzmäßig bestehenden Vertreter, in Ermangelung solcher aber durch Syndiken geübt.

§. 16.

Feststellung der Wirthschaftspläne.

Die allgemeinen Wirthschaftspläne werden von dem betreffenden Forstbeamten nach Anhörung der Forsteigenthümer oder Vertreter über die zu wählende Betriebsart, die zu begünstigenden und anzubauenden Holzarten, sowie die zu erzielenden Forstnebennutzungen (z. B. der Gräferei, Waldweide, Mast etc.) entworfen und von Herzoglicher Cammer, Direction der Forsten, unter thunlichster Berücksichtigung der von jenen ausgesprochenen Wünsche, festgestellt, um bei der künftigen Betriebsführung und Bewirthschaftung zur Grundlage zu dienen.

§. 17.

Verfahren bei Differenzen über die Wirthschaftspläne zwischen dem Forstbesitzer und dem betreffenden Forstbeamten.

Findet eine Einigung zwischen dem betreffenden Forstbeamten und dem Forsteigenthümer oder Vertreter über die Wirthschaftspläne nicht Statt, so ist die Aufsichtsbehörde derjenigen juristischen Person, welcher das Eigenthum der Forst zusteht, und bei reell getheilten unter herrschaftlicher Forstverwaltung stehenden Forsten die zuständige Herzogliche Kreisdirection zu hören, bevor die Feststellung durch Herzogliche Cammer, Direction der Forsten, erfolgt, gegen welche sowohl dem Forsteigenthümer oder Vertreter, als der Aufsichtsbehörde der Recurs an Herzogliches Staatsministerium unbenommen ist.

§. 18.

Aufstellung jährlicher Hauungs- und Culturvorschläge.

Ueber die auszuführenden jährlichen Hauungen und Forstculturen sind nach Anhörung der Forstvertreter, durch

die betreffenden Forstbeamten Vorschläge nach Anleitung der Wirthschaftspläne zu entwerfen, und haben dieselben ferner alljährlich frühzeitig mit den Forstvertretern die forstwirthschaftlich zulässigen Forstnebennutzungen aller Art, soweit solche nicht etwa Serviturberechtigten zustehen, sowie deren Ausdehnung, Zeit, Art und Weise und die Bedingungen, unter denen sie Statt finden können, zu besprechen.

§. 19.

Verfahren bei Differenzen über die jährlichen Hauungs- und Culturvorschläge zwischen dem Forstbesitzer und dem betreffenden Forstbeamten.

Findet zwischen dem betreffenden Forstbeamten und dem Forsteigenthümer oder Vertreter über die auszuführenden jährlichen Hauungen, Culturen oder Nebennutzungen eine Einigung nicht Statt, so steht dem betreffenden Eigenthümer oder Vertreter an die Herzogliche Kreisdirection zu richtende Beschwerde zu. Diese wird die Differenz auszugleichen suchen, eventuell aber ein Gutachten eines unbetheiligten Forstbeamten einziehen und mit diesem die Sache zur Entscheidung der Herzoglichen Cammer, Direction der Forsten, vorstellen.

§. 20.

Feststellung der jährlichen Hauungen und Culturen.

Die von dem betreffenden Forstbeamten entworfenen und von den Eigenthümern oder Forstvertretern anerkannten Hauungs- und Culturvorschläge sind der Herzoglichen Cammer, Direction der Forsten, einzureichen, welche dieselben zu prüfen, festzustellen und deren Ausführung anzuordnen hat.

Den betreffenden Forstbeamten liegt ob, die Ausführung, sowie die Ausübung der festgestellten Forstnebennutzungen und daß diese nur nach Maßgabe der getroffenen Bestimmungen erfolgen, zu überwachen.

§. 21.

Forstverbesserungen.

Forstverbesserungen, welche nicht unter den Begriff der gewöhnlichen Culturen fallen, bedürfen stets der Zustimmung der Interessenten oder der Aufsichtsbehörde derselben.

§. 22.

Forstnebennutzungen.

Die Ausübung von Forstnebennutzungen, welche ohne unmittelbaren Einfluß auf die Holzzucht sind, ist unter Berücksichtigung der etwa bestehenden gesetzlichen oder allgemeinen polizeilichen Vorschriften, dem freien Ermessen des Forsteigenthümers überlassen.

§. 23.

Benachrichtigung der Forstbesitzer über die Feststellung der Wirthschaftspläne u.

Die Herzogl. Forstbeamten haben den Forstvertretern u. von der erfolgten Feststellung der Wirthschaftspläne, der Hauungsvorschläge, der angeordneten Culturen und sonstigen Forstverbesserungen ohne Verzug Nachricht zu geben.

§. 24.

Außeretatmäßige Hauungen.

Sollte ein Forsteigenthümer in unvorhergesehenen Fällen Bau-, Nutz- oder Brennholz bedürfen, welches in den etatmäßigen Hauungen nicht vorfällt, so hat auf des-

falligen Antrag der betreffende Forstbeamte die Fällung, falls solche ohne forstwirthschaftliche Nachtheile erfolgen kann, mit der Bestimmung anzuordnen, daß die durch solche Holznußung bewirkte Ueberschreitung des Hauungs-satzes in den nächstfolgenden Betriebsjahren durch entsprechende Ermäßigung des Hiebquantums wieder einzusparen sei.

Größere außeretatmäßige Hauungen, können nur von Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, und im Recurswege von Herzogl. Staatsministerium bewilligt werden.

§. 25.

Ausführung der Hauungen und Ausweisung der Holztheilungen.

Zur Sicherstellung einer zweckentsprechenden Ausführung der Hauungen hat der betreffende Forstbeamte nicht allein die zu fällenden Stämme anzuweisen, sondern auch die Hauungen zu überwachen.

Von dem Zeitpunkte, an welchem jene Anweisung geschieht, sind die Forstvertreter in Kenntniß zu setzen.

Wenn die Forstbesitzer, oder die von ihnen gestellten Arbeiter, die Arbeit unforstmäßig, oder nicht zur vorgeschriebenen Zeit vornehmen, so ist der betreffende Forstbeamte berechtigt, zu verlangen, daß die Hauungen durch geübte Holzhauer ausgeführt werden.

Die Vertheilung des Holzertrages unter die einzelnen Interessenten wird ohne Mitwirkung der Forstbeamten durch die Forstvertreter vermittelt.

In denjenigen Gemeinde- und Interessenten-Forsten des Kreises Blankenburg aber, wo bestehende Rechtsverhältnisse oder Observanzen es nöthig gemacht haben, hat der betreffende Forstbeamte die Hauungen nur durch gebungene Holzhauer vorzugsweise aus derjenigen Gemeinde, für welche die Hauung erfolgt, in gleicher Weise wie in

den herrschaftlichen Forsten, ausführen zu lassen und das erfolgende Material nach einer Abzählungsliste an den Forsteigenthümer oder, unter dessen Zustimmung, an Dritte zu überweisen. Der desfallige Geschäftsgang ist im Verwaltungswege durch Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, zu ordnen.

Der Forsteigenthümer und resp. Vertreter können verlangen, daß das in ihren Forsten erfolgende Material, unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, in den vortheilhaftest zu verwerthenden Sortimenten aufgearbeitet, resp. solche Aufarbeitung gestattet werde.

§. 26.

Ausführung der Forstculturen zc.

Die von Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, angeordneten Culturen und die etwa beschlossenen Forstverbesserungen sind nach Anleitung und unter Ueberwachung des betreffenden Forstbeamten durch den Forsteigenthümer, oder von ihm gestellte Arbeiter, und wenn diese die Arbeit ungeschickt, oder nicht zur vorgeschriebenen Zeit vornehmen, durch Personen auszuführen, welche von dem Forstbeamten für qualificirt erklärt sind.

Auf Ersuchen der Forstvertreter hat derselbe Lohnzettel über die verwendeten Culturgelder auszustellen, auf deren Grund die Auszahlung an die Arbeiter zc. geschieht.

§. 27.

Herbeischaffung der Geldmittel zu Forstvermessungen.

Werden behuf Ausarbeitung von Forstwirthschaftsplänen (§. 16) Forstvermessungen von Herzoglicher Cammer, Direction der Forsten, für nöthig erachtet, so sind solche auf Antrag dieser Behörde von der betreffenden

Herzoglichen Kreisdirection anzuordnen und demnächst mit möglicher Kostenersparung auszuführen, die Kosten aber von dem Forsteigenthümer zu tragen, und in gleicher Weise wie die Culturkosten herbeizuschaffen.

§. 28.

Verwerthung der Forstproducte.

Die Verwerthung der geernteten Holzmaterialien und der übrigen Forstproducte verbleibt dem Forstbesitzer ohne Mitwirkung der Forstbeamten, sofern durch bestehende Rechtsverhältnisse keine Beschränkungen bedingt werden. Indes sind dabei diejenigen forstpolizeilichen Anordnungen zu befolgen, welche der betreffende Forstbeamte zum Zwecke einer pfleglichen Behandlung der Forsten trifft.

§. 29.

Grenzbeziehungen.

Die betreffenden Forstbeamten sind verbunden, auf Ansuchen der Forstvertreter mit denselben alle drei Jahre die Forstgrenzen zu beziehen, um Grenzverdunkelungen zu verhüten und um die Grenzzeichen im Stande erhalten zu können.

§. 30.

Entschädigung des Staats für die Forstaufsicht.

Für die staatliche Beaufsichtigung der im §. 13 bezeichneten Forsten erfolgt die in den Gesetzen vom 16. October 1834 *Nr.* 12 und vom 19. April 1858 *Nr.* 21, festgesetzte Entschädigung.

§. 31.

Annahme von Forstauffsehern.

Die Annahme von Forstauffsehern zur Ausübung des Forstschutzes in den unter Verwaltung der Herrschaft=

lichen Forstbehörden stehenden, nicht zum Cammergute oder Klosterfonds gehörigen Forsten ist von der Zustimmung des betreffenden Forstbeamten abhängig, welcher darauf zu achten hat, daß zu solchem Dienste nur befähigte und unbescholtene Personen ausgewählt werden.

Im Sinne des §. 4 des Gesetzes vom 16. October 1834 *N* 12 sind nur diejenigen Forstaufseher als ordnungsmäßig verpflichtet anzusehen, welche unter Zustimmung des betreffenden Forstbeamten gewählt und auf eine von Herzoglicher Cammer, Direction der Forsten, erlassene, den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechende Dienstinstruction eidlich verpflichtet sind.

§. 32.

Recurs gegen Verfügungen der Behörden.

Gegen die in diesem Gesetze erwähnten Anordnungen und Verfügungen der Forstbeamten und Behörden steht den betheiligten Privaten der Recurs in letzter Instanz an Herzogliches Staatsministerium zu. Demselben ist aufschiebende Wirkung nicht beizumessen, wenn ein Inhibitorium erlassen oder sonst Gefahr im Verzuge ist.

Das Herzogliche Staatsministerium entscheidet endgültig, insofern durch dieses Gesetz nicht eine Erörterung und Entscheidung den Gerichten vorbehalten ist.

Dritter Abschnitt.

Bestrafung der Uebertretungen.

§. 33.

Eigenmächtige Forstzerstörung.

Derjenige Forstbesitzer, welcher eigenmächtig Forstrodungen, oder denselben gleichkommende Abholzungen und

Behandlungen des Forstgrundes (§. 6) vornimmt, oder vornehmen läßt, verwirkt Strafe von 2 \mathfrak{R} für jede gerodete oder gesetzwidrig benutzte Quadratruthe.

§. 34.

Eigenmächtige Forstnutzung.

Derjenige Eigenthümer, Interessent oder Nutzungsberechtigte einer unter den §. 13 fallenden Forst, welcher in derselben

- 1) eine Holznutzung eigenmächtig vornimmt, oder den gesetzlichen Bestimmungen und bestehenden forstpolizeilichen Anordnungen wegen der Holznutzungen oder der Holzabfuhr entgegen handelt,
 - 2) eigenmächtig eine Forstnebennutzung bezieht, oder die in Betreff der Ausdehnung, der Zeit, sowie der Art und Weise solcher Nutzungen von der Forstbehörde getroffenen forstwirthschaftlichen oder forstpolizeilichen Anordnungen übertritt,
- wird nach den Bestimmungen des Forststrafgesetzes in der Art bestraft, als wenn der Frevel in einer fremden Forst verübt wäre. Daneben tritt Schadens- und Werthserjäglich ein, jedoch mit Ausnahme des Falls, wenn der ausschließliche und allein zur Nutzung Berechtigte die Aneignung vornahm.

§. 35.

Unterlassung angeordneter Hauungen.

Wenn ein Forsteigenthümer, Interessent oder Nutzungsberechtigter (§. 13), falls er die Holzhauer selbst stellt, die zu seinem Anthteile angewiesenen Bäume innerhalb der bestimmten Hauungszeit und bis zum Ausbruche des Laubes nicht hat hauen und aufarbeiten lassen, so verfällt derselbe, falls ihm von dem betreffenden Forstbeam-

ten nicht eine Verlängerung der Frist ertheilt ist, in eine Strafe von 1—10 \mathfrak{R} .

Auf Ansuchen wird in diesen Forsten eine Hinausrückung der gesetzlichen Holzabfuhrtermine durch den betreffenden Forstofficianten nicht versagt werden, insofern aus der spätern Abfuhr des Holzes kein Nachtheil für die Forst erwächst.

§. 36.

Qualität der Strafen und Competenz der Gerichte.

Die in diesem Gesetze (§§. 33, 34, 35) angedrohten Strafen sind Forststrafen im Sinne des Gesetzes vom 26. Juli 1837 \mathfrak{N} 34 und durch die Herzoglichen Stadt- und Amtsgerichte in dem gesetzlichen Forstwrogenverfahren zu erkennen.

§. 37.

Aufhebung früherer gesetzlicher Bestimmungen.

Die §§. 138 bis 141 des Forststrafgesetzes vom 26. Juli 1837 \mathfrak{N} 34 sind aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 30. April 1861.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Genso. von Campe. W. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 27.

Braunschweig, den 24. Mai 1861.

Bekanntmachung Herzoglicher Cammer: die Dienstkleidung der Herzogl. Forst- und Jagdbeamten betreffend.
d. d. Braunschweig, den 8 Mai 1861.

Sowohl nach §. 1 des Gesetzes N^o 19 vom 10. Mai 1838, wie nach §. 6 des Gesetzes N^o 29 vom 16. August 1849 sollen die Herzoglichen Forst- und Jagdbeamten bei Ausübung des Forst- und Jagdschutzes sich in ihrer Dienstkleidung befinden oder ein amtliches Abzeichen tragen. Da Zweifel darüber, was darunter zu verstehen sei, eintreten können, auch neuerdings Veränderungen in der Dienstkleidung der Herzoglichen Forst- und Jagdbeamten vorgekommen sind, so wird Folgendes darüber bekannt gemacht:

§. 1.

Die Forst- und Jagdbeamten, vom Ober-Forstbeamten bis zu den Forstgehülfsen einschließlich, haben zur eigentlichen Dienstuniform einen dunkelgrünen Waffenrock mit schwarzem Sammttragen und metallenen Wappentknöpfen, eine grüne s.g. österreichische Mütze und einen Hirschfänger an einem schwarzledernen Koppel, mit einem metallenen Koppelschlosse, worauf das Herzogliche Wappen.

§. 2.

Den Forst- und Jagdbeamten ist außerdem aber noch eine kleine oder Interims-Dienstuniform gegeben. Der Rock besteht in einer f.g. Toppe von grauem Tuch mit grünem Stehkragen und braunen Metallknöpfen, worauf ein W. mit der Krone. Zugleich ist den Forst- und Jagdbeamten nachgelassen, sowohl zu dieser Interims-Uniform, wie zu der im §. 1 gedachten eigentlichen Dienstuniform einen grünen Tyrolerhut statt der österreichischen Uniformsmütze, desgleichen den Hirschfänger an einem Gehänge von grüner Wollschnur statt an dem schwarzledernen Koppel zu tragen.

§. 3.

Alle diejenigen Personen, welche zur Ausübung des Forst- und Jagdschutzes befugt oder verpflichtet, aber nicht wirkliche Staatsdiener sind, namentlich die Revierjäger, Forstaspiranten, Forstaufsieder, Jagdaufsieder und Forstwärte haben die f.g. Toppe von grauem Tuche und die österreichische Mütze wie im §. 2 bestimmt ist, desgleichen einen Hirschfänger an dem schwarzledernen Koppel mit dem im §. 1 bestimmten Koppelschlosse zu tragen. Gestattet bleibt denselben außerdem das Tragen eines dunkelgrünen Uniform-Ueberrockes mit Metallknöpfen, eines grünen Tyrolerhutes und des Hirschfängers an dem Gehänge von grüner Wollschnur.

§. 4.

Die in den §§. 1 und 3 bezeichneten Beamten und Functionaire werden als in vorschriftsmäßiger Dienstkleidung befindlich betrachtet, wenn sie einen der beiden Uniformröcke, eine der beiden Kopfbedeckungen und den Hirsch-

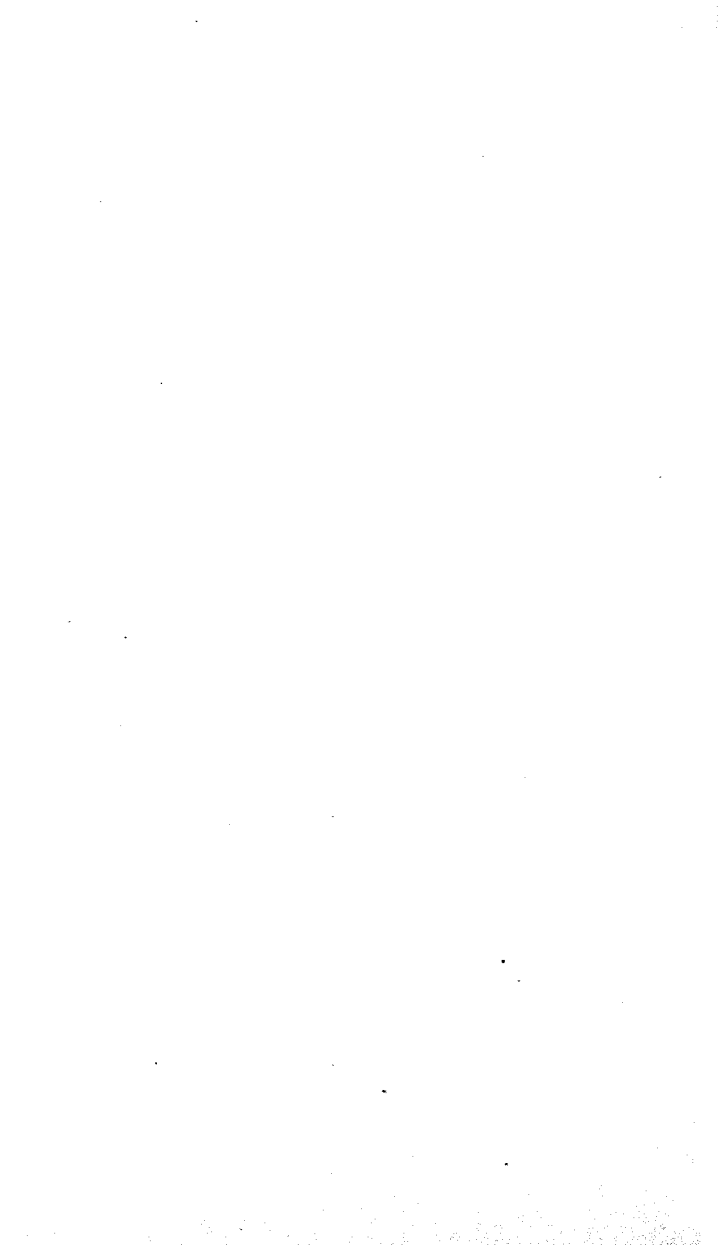
fänger entweder am Koppel oder an der Schnur, zusammen tragen.

Braunschweig, den 8. Mai 1861.

Herzogl. Braunschw. = Lüneb. Cammer,

Direction der Forsten.

F. Schulz. v. Belthelm.



Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 44.

Braunschweig, den 3. September 1864.

Verordnung, die diesjährige Eröffnung der niedern Jagd betreffend.

d. d. Braunschweig, den 25. August 1864.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

fügen hiemit zu wissen, daß Wir wegen der eingetretenen Verzögerung der diesjährigen Ernte den Zeitpunkt der Eröffnung der niedern Jagd für das Mal auf den 16. September d. J. festsetzen wollen.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 25. August 1864.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Campe. W. Schulz. von Liebe.

